

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
2. Schellenberg'sche Buchdruckerei, "Tagblatt-Haus".
Verlagszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Sonntags- und Feiertagsausgaben.
Verleger: H. Schellenberg, Wiesbaden.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: 66 R.-M., in den Ausgabestellen: 68 R.-M., durch die Träger
ins Haus gebracht: 70 R.-M. — Für eine Belegzeit von 2 Wochen. — Belegbestellungen nehmen
an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postämter. — In Fällen höherer
Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des
Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Erst. Anzeigen 20 R.-M., auswärts. Anzeigen 30 R.-M., Erst. Reklamen R.-M. L.
auswärts. Reklamen R.-M. L. 1.50 für die einseitige Kolonelle oder deren Raum. — Für die Aus-
nahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. —
Schluß der Anzeigenannahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen spätestens einen
Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegraphische Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rauns.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Nr. 161.

Mittwoch, 24. Juni 1931.

79. Jahrgang.

Brünings Appell.

Eine bedeutsame Erklärung des Kanzlers. — Der Kampf um die Notverordnung.
Frankreich unter Druck.

Amerika lehnt Sonderwünsche ab.

as. Berlin, 24. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner
Abteilung.) Der Reichskanzler hat gestern Abend im
deutschen Rundfunk eine Ansprache gehalten, die
innen- und außenpolitisch sehr bedeutsam ist, und die
an Wichtigkeit einer Regierungserklärung im Parla-
ment sicher nicht nachsteht. Die Rede war gut vorbe-
reitet. Sie war der Niederschlag verschiedener Be-
sprechungen, die gestern in der Reichskanzlei stattge-
funken haben. Innenpolitisch bringt sie

die Bestätigung, daß die Regierung Brüning an
der letzten Notverordnung festhält.

Nicht einmal, sondern verschiedentlich warnte
Dr. Brüning vor dem Irrglauben, daß durch die Aktion
Hoovers nun die Schwierigkeiten für Deutschland über-
wunden seien. Ähnlich wie schon bei seinem Besuch in
England, verwies der Kanzler darauf, daß sich die
Steuerausfälle, die durch die Verminderung des Ein-
kommens und durch die Kürzung der Löhne entstehen,
erst voll im Jahre 1932 auswirken werden. Stark
unterstrich er deshalb, daß die erste Aufgabe nach wie
vor bliebe, Ordnung in die Finanzen zu bringen.
„Das deutsche Volk würde sich um jedes Verständnis in
der Welt und um jedes Vertrauen bringen, wenn es
nicht festhalten würde an den Grundsätzen einer ab-
soluten, auch unter Opfern durchzuführenden Sanierung
der öffentlichen Finanzen.“

Dieser Appell des Kanzlers ist wohl nicht zuletzt
dadurch veranlaßt worden, daß

die Sozialdemokraten bereits jetzt die Stunde für
einen neuen Vorstoß gegen die Notverordnung für
gekommen erachten.

Der Abgeordnete Breitscheid hat nämlich im
Auftrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein
Schreiben an den Kanzler gerichtet, in welchem er es
für dringend erforderlich bezeichnet, die zugesagten
Befreiungen über die Notverordnung sofort einzu-
leiten. Allerdings wird auch in diesem Schreiben be-
tont, das Ziel müsse die Sanierung des öffentlichen
Haushalts bleiben. Zugleich wird aber gefordert,
daß die einschneidenden Abbaumaßnahmen der Notver-
ordnung gemildert, und die schweren Steuerlasten ge-
senkt werden. Gegenüber all diesen Forderungen
hat der Kanzler gestern schon die Stellung der Re-
gierung dahin umrissen, man könne über die Abän-
derungen der Härten der Notverordnung wohl sprechen,
der finanzielle Gesamtantrag der Notverordnung dürfe
aber nicht in Frage gestellt werden. So hat
Dr. Brüning gewissermaßen schon gestern den Brief
Breitscheids beantwortet. Man kann aus dieser Be-
dachte entnehmen, daß

der Kampf um die Notverordnung jedenfalls früher
wieder aufgenommen wird, als zunächst ange-
nommen werden konnte.

Außenpolitisch ist die Rundfunkrede bemerkenswert
durch ihren Appell an Frankreich. Noch einmal erklärt
sich Deutschland zu einer Verständigung bereit, und in
aller Öffentlichkeit wiederholte der Kanzler nun den
Vorschlag, der in den diplomatischen Gesprächen schon
eine gewisse Rolle gespielt hat,

der deutsch-englischen Ausprache in Bälde ein
„französisches Chequers“ folgen zu lassen.

Dabei kann kein Zweifel darüber bestehen, daß eine
solche Besprechung sich nicht auf Sonderwünsche beziehen
kann, die Frankreich zum Hooverplan hat. All diesen
Sonderwünschen steht Amerika ablehnend gegenüber.
Immer wieder betont man in Washington, der Vor-
schlag Hoovers sei ein Plan für den allgemeinen
Zahlungsausschub der Kriege- und Tributzahlungen,
ohne jede Einschränkung, ohne jede Vorbehalte und
ohne irgendwelche zusätzliche Bedingungen. Amerika
lehnt auch den französischen Anspruch auf eine bevor-
zugte Stellung der Tributlasten vor den alliierten
Schulden ab

Damit wird Paris erneut von Washington unter
Druck gesetzt. Wenn aber der Hooverplan unter Dach
und Fach sein wird, dann wäre, das ist der Sinn der
Brüningsrede, die Zeit gekommen, um „in offener Aus-
sprache den Weg freizumachen für eine großzügige
praktische Zusammenarbeit der beiden Länder“, das
heißt, Frankreichs und Deutschlands. Es wäre ein
großer Erfolg des Hooverplanes, wenn diesem deut-
schen Appell diesmal ein günstigeres Resultat beschieden
wäre, als ähnlichen früheren Erklärungen deutscher
Staatsmänner.

Noch keine Entscheidung Frankreichs.

Der voraussichtliche Inhalt der Gegenvorschläge.

Paris, 24. Juni. (Drahtmeldung unseres Pariser Ver-
treeters.) Die fieberhafte Tätigkeit, in die das Mora-
toriumsangebot des Präsidenten Hoover die französische
Regierung gestürzt hat, dauerte gestern bis spät in die
Nacht hinein an. Nachdem im Innenministerium unter
dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Konferenz
der zuständigen Minister stattgefunden hatte, in
der die französische Antwortnote an die amerikanische Re-
gierung ausgearbeitet worden ist, mußte sich Ministerpräsident
Laval in die Kammer begeben, wo zehn Abgeordnete die
Besetzung eines Diskussionsdatums für die von ihnen zu
dem amerikanischen Vorschlag eingebrachten Interpellationen
forderten. Laval setzte mit dem Hinweis auf die noch nicht
abgeschlossenen Beratungen der Regierung ohne große Mühe
die Vertagung der Interpellationen bis zum nächsten
Freitag durch. Er versicherte, daß eine Abänderung des
Young-Planes nicht ohne vorherige Genehmigung der
Kammer erfolgen werde.

Im Anschluß an diese Kammer Sitzung empfing der
Ministerpräsident den amerikanischen Botschafter Edge,
der um eine Unterredung nachgesucht hatte. Diese Zu-
sammenkunft, der der Unterstaatssekretär François Boncet
und ein amerikanischer Botschaftsrat beiwohnten, fand um
10.30 Uhr abends statt und dauerte etwa eine halbe Stunde.
Der amerikanische Botschafter legte, wie ein offizielles
Kommissariat mitteilt, dem französischen Ministerpräsidenten
die Umstände dar, die zur Überreichung des Hoover'schen
Angebots geführt haben. Der Ministerpräsident dankte dem
amerikanischen Botschafter für seine Mitteilungen und er-
klärte ihm, daß Frankreich morgen im Geiste der Zu-
sammenarbeit auf die amerikanischen Vorschläge antworten
werde.

In Ergänzung dieses Kommissariats erklärt man, daß
die gestern ausgearbeitete französische Antwort-
note heute sofort nach ihrer endgültigen Durchberatung
im Ministerrat in Washington überreicht und am Freitag
im Laufe der Interpellationsdebatte in der Kammer be-
kannt gegeben wird.

Außenminister Briand hatte gestern nachmittag, wie
der „Matin“ berichtet, eine Besprechung mit dem eben aus
Berlin zurückgekehrten deutschen Botschafter v. Doessl, der
von der Berliner Regierung beauftragt gewesen sei, Er-
fahrungen über die Haltung Frankreichs gegenüber dem
Hoover'schen Angebot einzuziehen. Briand habe dem Bot-
schafter erklärt, die französische Regierung werde Washington
unverzüglich ihre Gegenvorschläge übermitteln, die zwar in
weitestem Maße der Initiative des amerikanischen Präsi-
dents Rechnung trügen, aber Frankreichs Recht auf
die ungekürzten Young-Plan-Annuitäten zu wahren suchten.

„Echo de Paris“ und „Deuxième“ wollen mitteilen
können, in ihrer Antwort werde die französische Regierung
erklären, daß der Young-Plan nicht beeinträchtigt werden
dürfe und daß Deutschland daher die 612 Millionen Gold-
mark betragende ungeschützte und nicht abschließbare
Annuität bezahlen müsse. Man werde jedoch nur eine Be-
zahlung in Mark an die B.Z. verlangen und die Bank
könne die von Deutschland eingezahlten Beträge dann in
der einen oder anderen Form der deutschen Wirtschaft zur
Verfügung stellen. Deutschland erhalte also tatsächlich ein
Transfermoratorium für den ungeschützten Annui-
tätenteil, das es sich nur um eine theoretische Zahlung
handele. Vertinax spricht von einem endgültigen Verlust,
da die französische Regierung anscheinend nicht verlangen
werde, daß die 1931 bis 1932 nicht transferierten Devisen
in den nachfolgenden Jahren transferiert würden, und da
leicht vorauszuheben sei, daß der Plan nicht, wie im Ab-
kommen vom Januar 1930 vorgesehen sei, 59 Jahre lang
bestehen bleiben werde. Weiter fordert Vertinax, daß die
französische Regierung von Deutschland die Verpflichtung
erhalten müsse, daß es nach dem von Amerika vorge-
schlagenen Ausnahmeformatorium nicht auch noch das
Young-Plan-Moratorium in Anspruch nehmen werde und
dass es auf den Anschluß verzichte. Wenn die Ver-
einigten Staaten den französischen Gegenvorschlägen kein
Gehör schenken wollten, wie man nach Washingtoner
Devisen annehmen dürfe, dann bleibe Frankreich nichts
anderes übrig als ein kategorisches Nein.

Doch ein amerikanischer Kredit für die Reichsbank?

Die Möglichkeiten werden geprüft.

Washington, 24. Juni. (Kabeldienst.) Trotz des
offiziellen Dementis der Federal Reservebank er-
hält sich in Finanzkreisen hartnäckig das Gerücht, daß
die Bank gegenwärtig die Möglichkeiten für die Gewährung
eines Kredits an Deutschland als Ergänzung des Hoover-
schen Angebots prüfe. Der Gouverneur der Federal
Reservebank, Meyer, der den ganzen gestrigen Tag über
Besprechungen mit dem stellvertretenden Schatzsekretär
Wills hatte, erklärte den ihn mit Fragen belästigenden
Pressevertretern bisher sei in dieser Angelegenheit noch
kein Beschluß gefaßt worden und es sei unmöglich, irgend
eine Vorausage darüber zu machen.

Die Notverordnung bleibt.

Es ist natürlich voreilig, wenn man über die Ver-
wendung von Geldern spricht, die man noch nicht
besitzt. Richtiger wäre es, erst abzuwarten, wie sich
die Dinge gestalten. Vorläufig hat Frankreich das
Wort zum Vorschlag Hoovers. Da wir annehmen,
daß irgendwie ein Ausweg gefunden wird, drängt sich
die innenpolitische, finanzielle Frage von selber auf.
Sie ist auch vielfach bereits angeschnitten worden.
Das erscheint begreiflich genug, denn die Notverordnung
mit ihren niederdrückenden Bestimmungen hat einen
Sturm hervorgerufen, wie bisher kein anderer ge-
hebrischer Akt. Es ist deshalb verständlich, daß sich
nun tausend Wünsche regen, und daß man bereits auf
diesen oder jenen Paragraphen hinweist, der unbe-
dingt beseitigt werden müßte.

Die Reichsregierung steht, wie Reichskanzler
Brüning in seiner Rundfunkrede am Dienstagabend
wieder ausführte, auf einem unbedingt ablehnenden
Standpunkt. Der Kanzler hat zwar in den Unter-
redungen mit den Parteiführern vor zwei Wochen zu-
gelassen, daß er nicht starr an der Notverordnung fest-
halten werde, daß sie aber zunächst einmal unbedingt
in Kraft gesetzt werden müßte. Da der Termin für
ihre Gültigkeit der 1. Juli ist, muß man das wohl oder
übel anerkennen. Ein ungedecktes Defizit in diesem
Augenblick wäre verhängnisvoller als jede noch so
große Belastung der Steuerzahler. Es würde unsere
Stellung bei den Reparationsbesprechungen unheilvoll
schwächen, zumal ja die Notverordnung gerade dem
Ausland klar gemacht hat, daß in Deutschland höchste
Gefahr im Verzuge ist. Jedes noch so vorläufige An-
taufen würde den Eindruck erwecken, als hätte es sich
um eine Schaumblase gehandelt, auf die man ver-
zichtet, nachdem sie ihren Zweck erreicht hat. Deshalb
kann man nur diese Stellungnahme billigen. Der
Kanzler war ja auch damit einverstanden, daß der
Reichstagsausschuß Mitte August zusammentritt, und
dann die Einzelheiten ausführlich durchspricht. Aller-
dings hätte das praktisch zunächst keine Bedeutung,
denn der Ausschuss hat kein Recht zur Beschlussfassung.
Das steht allein dem Plenum zu, das nach den bis-
herigen Vereinbarungen seine Arbeiten erst am
13. Oktober wieder aufnimmt. Selbst im besten Falle
also würden Änderungen erst zu Beginn des neuen
Jahres wirksam werden.

Von sich aus kann der Kanzler natürlich auf dem-
selben Wege Änderungen treffen, auf dem er die
Verordnung erlassen hat. Nur darf er nicht die ver-
zweifelte Lage vergessen, in der er sich dann befindet.
Es gibt keine einzige Bestimmung, die Beifall ge-
funden hat. Gegen jede Bruch ein Sturm der Ent-
tüstung aus, aber nicht einheitlich, sondern von ver-
schiedenen Seiten. Die Deutsche Volkspartei be-
mängelt in erster Linie die Krisensteuer. Darin war
sie mit mehreren Gruppen der Mitte einig. Die Sozial-
demokratie wandte sich gegen die Einschränkungen der
Arbeitslosenversicherung, gegen die Verrückung der
Renten für Kriegsbeschädigte und gegen die Erhöhung
der Zucksteuer. Das entspricht auch der Auffassung
der Gewerkschaften bei den bürgerlichen Parteien.
Brüning mußte also genau abwägen, und dem Zu-
ständnis nach der einen Seite ein gleichwertiges nach
der anderen folgen lassen. Das wäre eine Durch-
löcherung, die vermutlich den finanziellen Ertrag so
stark beeinträchtigen würde, daß nicht mehr viel übrig
bliebe. Käme es dazu, so würde im Grunde genom-
men die ganze Erleichterung durch Hoovers Vorschlag
in den bodenlosen Topf des Defizits hineingeraten und
keine praktische Wirkung haben.

Reichskanzler Brüning scheint ganz andere
Pläne zu verfolgen. Er will, wenn es sich irgend er-
möglichen läßt, die Einnahmen der neuen Steuern und
Abstriche restlos bestehen lassen. Das übrige zerfällt
in zwei Teile. Zunächst kommen die 680 Millionen in
Betracht, die von der Reichsbank für die Reparationen
geleistet werden müssen. An sich gehören die dem Reich,
an das sie weiter geleitet werden, wenn sie nicht die
gesetzlich vorgeschriebene Verwendung finden. Eine
Entscheidung scheint noch nicht getroffen zu sein, doch
nimmt man in politischen Kreisen an, daß sie durch
eine besondere Verfügung der Eisenbahn zurückgekauft
werden. Dann könnte dieses Verlehrsministerium damit
die bisher aufgeschobenen Erneuerungs- und Erweite-
rungsarbeiten in Auftrag geben. Schon das würde eine
Entspannung auf dem Arbeitsmarkt bedeuten. Im all-
gemeinen rechnet man auf Grund von Erfahrungen,
daß für je eine Million Mark 1000 Menschen auf längere
Zeit hinaus beschäftigt werden. Man könnte also etwa
680 000 Erwerbslose unterbringen. Das ist bei einer
Durchschnittsziffer von vier Millionen nicht über-
wältigend. Nur muß man richtig rechnen. Zunächst
erspart die Reichsversicherung etwa 300 bis 400 Mil-

Der Reichsfinanzminister über Hoovers Botschaft.

Eine Warnung vor Illusionen.

Der Wille zur Verständigung mit Frankreich.

Berlin, 23. Juni. Reichsfinanzminister Dr. Brüning sprach heute abend über den Deutschlandstender über die allgemeine politische Lage:

Alle Völker der Erde stehen unter dem tiefen Eindruck des historischen Schrittes, den am Sonntag der Präsident der Vereinigten Staaten unternommen hat, um der ungeheuren Krise, die über fast alle Völker herein gebrochen ist, zu steuern und denen Hilfe zu bringen, die zusammenbrechen drohen. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben mit Dankbarkeit die Vorschläge des Präsidenten Hoover angenommen. Eine neue Hoffnung für Europa und Deutschland sehen wir aus diesem Vorschlag erwachen. Der erste wirksame Anfang für eine bessere Zukunft ist erfolgt; aber

warnen muß die Reichsregierung vor dem Glauben, als ob wir durch diesen Vorschlag des amerikanischen Präsidenten, auch wenn er von allen in Frage kommenden Nationen angenommen wird, über die Gesamtheit der uns bedrängenden Nöte hinweg seien.

Wenn die Reichsregierung auch in den wiederholten harten Maßnahmen der Notverordnung vom Dezember und der letzten Notverordnung versucht hat, die hereinbrechenden Gefahren zu meistern und gezwungen war, dem deutschen Volke das Äußerste an Härten und Beschränkungen zuzumuten, um über die kommenden Tage und vor allem über den nächsten Winter hinwegzukommen, so war sie sich dessen bewußt, daß

das Jahr 1932 aller Voraussicht nach den Höhepunkt der finanziellen Schwierigkeiten bringen

würde. Wenn auch die Reichsregierung den Haushalt des Reiches für den Fall, daß nicht eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage eintritt, ausgeglichen hat, wenn sie sogar einen erheblichen Betrag für die Gemeinden verfügbar machen konnte, um ihnen die wachsenden Lasten für die jetztigen Arbeitslosen zu erleichtern, die weder von der Versicherung noch vom Reich unterstützt werden, so bleibt zunächst im Jahre 1931 die Lage der Länder und Gemeinden noch ungeklärt. Die vom Reich überwiesenen Steuern werden nach der Schätzung der Reichsregierung um Hunderte von Millionen zurückgehen. Dazu treten die großen Ausfälle, die bei den Ländern und Gemeinden infolge der schlechten Wirtschaftslage bei Gewerbesteuer, Grundbesitzsteuern und Hauszinssteuern zu erwarten sind. Das Sinken der Einnahmen und Löhne im Jahre 1931 wird dazu führen, daß im Jahre 1932 erst die volle Wucht der Steuerausfälle die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden belasten wird.

Dazu kam die akute Gefahr, die wir in den vergangenen zwei Jahren wiederholt durchlebten, daß im Falle einer Reihe von wirtschaftlichen Vorgängen sich eine ungeheure Unruhe bemerkbar machte und aus dieser Unruhe heraus vom Ausland her gewaltige Mengen kurzfristiger Kredite abgezogen wurden. Mit einem Schlage zeigte sich in ihrer ganzen Größe die seit langem vorausgesehene Gefahr, daß die deutsche Wirtschaft in den Jahren der Scheinblüte zu einem erheblichen Teil mit in- und ausländischem Kapital aufgebaut wurde, die nur auf kurze Zeit gegeben oder in Unternehmungen investiert sind, aus denen sie nicht von heute auf morgen herausgezogen werden konnten. Der Versuch, der nunmehr zum drittenmal gemacht wurde, große Teile dieser kurzfristigen Kredite plötzlich aus Deutschland abzurufen, hat den Sturm, der heute sich aus Deutschland abzurufen, herbeigeführt. Als beschworen angesehen werden kann, herbeigeführt. Dieser Sturm hat gezeigt, daß die Lebenshaltung einzelner Völker auch bedingt ist durch die Lebenshaltung anderer Völker. Wenn ein Land schwer leidet, können auf die Dauer andere Völker, die mit ihm in wirtschaftlicher Verbindung stehen, ihre Prosperität nicht erhalten.

Zu glauben, daß nach Annahme des Vorschlages des Präsidenten Hoover alle Nöte in Deutschland plötzlich beseitigt wären, wäre die gefährlichste Illusion. Die Reichsregierung hat die harten Maßnahmen zur Rettung der Finanzen ergreifen müssen und muß an ihnen festhalten, weil das Durchhalten auch ohne Reparationszahlungen in den nächsten 1½ Jahren außerordentliche Anforderungen stellen wird.

Die Reichsregierung hat erklärt und hält daran fest, daß sie bereit sei, Härten und besonders drückende Maßnahmen der Notverordnung abzumildern. Sie ist aber nicht in der Lage, irgendwie an dem Gesamtfinanzergebnis der Notverordnung rütteln zu lassen.

Nur unter Sicherung ihres finanziellen Gesamtresultates wird es bei Annahme der Initiative des Präsidenten Hoover möglich sein, die weiteren Einnahmeausfälle des Jahres 1932 auszugleichen.

Das vorgeschlagene Feiertagsjahr soll nach der Proklamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht nur der Wiederherstellung des internationalen Vertrauens auf der wirtschaftlichen Gebiet und damit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt dienen, es verfolgt gleichzeitig den Zweck, die politischen Beziehungen zwischen den Ländern von störenden Spannungen zu befreien und eine auf überzeugter Zusammenarbeit der Staaten beruhende friedliche Weiterentwicklung zu fördern und zu festigen.

Das Gedeihen Europas und der Welt hängt davon ab, daß diejenigen, die ein tragisches Geschick im Weltkriege zu Feinden werden ließ, nunmehr entschlossen und weitgehend auf allen Seiten sich zu den Entschlüssen aufzuraffen, welche die beklemmende Not der Stunde von allen Regierungen und Völkern fordert.

Für dieses große Ziel wird der amerikanische Vorschlag Raum schaffen, wenn er von den in Frage kommenden Ländern in demselben hochherzigen Geiste angenommen wird, in dem er von seinem Urheber gemacht worden ist.

Die deutsche Regierung ist bereit, mit allen Kräften an der Erreichung dieses Zieles der amerikanischen Initiative mitzuarbeiten. Je mehr die schwere wirtschaftliche und soziale Not sich mildert, unter der das deutsche Volk leidet, um so stärker und einmütiger wird seine Bereitschaft und seine Fähigkeit hervorgehen, ein Bollwerk der Ruhe und der Ordnung in Europa zu sein. Die Größe der Stunde und die aus ihr sich ergebende Verantwortlichkeit lassen mich die Hoffnung und die Erwartung aussprechen, daß alle diejenigen, die für die Formung der öffentlichen Meinung von maßgebendem Einfluß sind, sich bewußt bleiben, von welcher entscheidender Bedeutung in diesem Augenblicke Mahnung und Selbstdisziplin bei allen Volksgenossen in allen Äußerungen und Kundgebungen sind für Deutschland und Europa.

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß bei alledem der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eine besonders wichtige Rolle zufällt.

Wenn in der Entwicklung dieser Beziehungen manche

Schwierigkeiten und Hemmnisse hervorgerufen sind, wenn es in der Öffentlichkeit auf beiden Seiten der Grenze zu bewegten Auseinandersetzungen gekommen ist, so halten wir trotzdem an der Überzeugung fest, daß all das nicht unüberwindbar ist, daß sich vielmehr bei beiderseitigem gutem Willen Mittel und Wege finden lassen werden, um das übereinstimmende und das Gemeinsame an den Interessen der beiden Völker in den Vordergrund zu bringen und im Bewußtsein der beiden Völker so zu verankern, daß es die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Die deutsche Regierung wird es ihrerseits an dem guten Willen nicht fehlen lassen. Ist die Einigung für das Feiertagsjahr zustande gekommen, so wird es um so leichter sein, in offener Aussprache den Weg frei zu machen für eine großartige praktische Zusammenarbeit der beiden Länder.

Ich würde es begrüßen, wenn sich für eine solche Aussprache eine Gelegenheit fände, wie sie neulich die Zusammenkunft in Chequers für eine Erörterung zwischen Deutschland und England geschaffen hat.

Die Aufgaben, vor denen Deutschland und Frankreich stehen, sind für beide Länder zu groß und zu dringend, als daß es nicht möglich sein könnte, in einem vertrauensvollen und rücksichtslosen Meinungsaustausch einen gemeinsamen Boden zu finden, von dem aus die Lösung dieser Aufgaben aussichtsvoll in Angriff genommen werde.

Übertragung der Kanzlerrede nach Amerika.

Berlin, 24. Juni. Bereits eine Stunde später, nachdem Reichsfinanzminister Dr. Brüning seine Rede im Reichsrundfunk beendet hatte, lag hier die Meldung aus New York vor, daß die von der National Broadcasting Company übernommene Rede des Kanzlers in ganz Amerika zu verstehen war.

Das Echo in der Pariser Presse.

Die bedeutendste politische Rundschau seit dem Ruhrkrieg.

Paris, 24. Juni. (Drachmeldung unseres Pariser Vertreters.) Die Rundfunkrede des Reichsfinanzministers Dr. Brüning hat in der französischen Presse einen großen Widerhall gefunden. Neben einer zum Teil sehr ausführlichen Wiedergabe der Erklärungen des deutschen Reichsfinanzministers unterstreichen die Blätter die Bedeutung dieser Kundgebung. Das „Journal“ betont, daß die Rede des Reichsfinanzministers die bedeutendste politische Kundgebung sei, die in Deutschland nach der Liquidierung des Ruhrkrieges stattgefunden habe.

Eine Erklärung des amerikanischen Staatsdepartements.

Die angebliche Überrumpelung Frankreichs.

Washington, 23. Juni. Im Staatsdepartement wurde heute betont, daß Hoovers Vorschlag einen einjährigen Feiertag für alle Regierungsschulden bedeute, einschließlich der im Young-Plan als nicht ausgleichbar bezeichneten Teilbeträge der Reparationszahlungen. Nur unter dieser Bedingung, so wurde ausgeführt, könne der Plan das erstrebte Ziel einer Erleichterung der deutschen kritischen Lage erreichen. Mit Rücksicht auf gewisse in französischen Blättern zum Ausdruck gebrachte Empfindlichkeiten gegen eine angebliche Überrumpelung der französischen Regierung wurde im Staatsdepartement heute folgende Erklärung abgegeben: Der amerikanische Vorschlag ist vor keiner endgültigen Formulierung nicht mit irgend einer fremden Regierung besprochen worden. Der Präsident, der die Lage in Deutschland, wie man verstehen kann, mit großer Besorgnis verfolgt hat, handelte, als die deutsche finanzielle Krise an den beiden letzten Tagen der vorigen Woche zeigte, daß, wenn er nicht sofort handele, eine Katastrophe unmittelbar bevorstehe. Frankreich war die erste der fremden Mächte, die in Kenntnis gesetzt wurden, als er sich zum Handeln entschloß. Das war am Freitag, 23. Juni, um das im Hoover-Vorschlag erwähnte Datum, 1. Juli 1931, wurde erklärt, man habe dieses Datum als Beginn vorgeschlagen, weil das amerikanische Staatsjahr am 1. Juli beginnt. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Lage hoffte man, daß die übrigen Mächte innerhalb der noch zur Verfügung stehenden acht Tage Hoovers Vorschlag annehmen.

Unterredung Stimson mit den europäischen Diplomaten.

Washington, 23. Juni. Staatssekretär Stimson hat heute die diplomatischen Vertreter Deutschlands, Englands, Italiens, Bulgariens, Rumaniens und der Tschechoslowakei zu Besprechungen über Präsident Hoovers Vorschlag eines allgemeinen einjährigen Zahlungsaufschubes empfangen.

Japans Zustimmung.

Tokio, 23. Juni. Das Kabinett trat heute früh zu Besprechungen über den Vorschlag Hoovers zusammen. Die japanische Regierung soll, wie es heißt, grundsätzlich zu der Annahme des amerikanischen Planes bereit sein.

Hearst gegen Hoover.

Scharfe Erklärungen des amerikanischen Zeitungsfönias.

London, 24. Juni. (Eig. Drachmeldung.) Der amerikanische Zeitungsfönias W. R. Hearst, der sich zurzeit in London aufhält, veröffentlicht im „Daily Express“ und in „News Chronicle“ scharfe Erklärungen gegen die Vorschläge Hoovers. In den Artikeln, die dem Wortlaut nach verschieden, im Inhalt nach aber fast gleich sind, wird betont, daß Amerika keine Veranlassung habe, den europäischen Krieg zu bezahlen, in den es nur aus Torheit hineingeraten sei. Jeder amerikanische Politiker, der auf diese Weise Mittel zu einem neuen Krieg frei mache, solle von dem Kongreß daran gehindert und vor Gericht gestellt werden. Hearst bezeichnet den früheren Präsidenten Coolidge als seinen Kandidaten für die bevorstehende Präsidentschaftswahl, da Coolidge gegen Hoover sei.

Die Artikel greifen dann weiter Frankreich an, das die Streichung der Reparationszahlungen ablehne, dagegen aber ungeheure Goldvorräte aufstaple und sie zur Errichtung eines riesigen Kriegsschatztes benutze, mit dem es Europa zu unterwerfen gedenke.

Die Redaktionen des „Daily Express“ sowohl wie des „News Chronicle“ rufen in Leitartikeln entschieden von dem Standpunkt Hearsts ab.

tionen an Unterhaltungen, sodann erhält sie neue Beiträge, die sich auch auf etwa 50 bis 100 Millionen belaufen würden. Da aber die Neubeschäftigten ihren Bedarf an Kleidung und Lebensmitteln eindeckten würden, kann man getrost annehmen, daß auch andere Erwerbszweige wieder zu tun haben, und infolgedessen neue Kräfte einstellen müssen. Schon daraus ist ersichtlich, daß nur Arbeitsbeschaffung für uns einen Sinn hat. Sie ist das einzige, was finanziell das Reich und mehr noch die Gemeinden aus der Verelendung retten kann. Deshalb hatte ja auch Reichsfinanzminister Brüning durch die Notverordnung einen Überblick erzielt, wozu für eisenbahntechnische Zwecke Verwendung finden sollte. Und er hat trotz seiner Kritiker vollkommen Recht, wenn er den Nachdruck auf die Arbeitsbeschaffung legt.

Es blieben dann noch einige hundert Millionen übrig. Wenn das Geld uns hold ist, etwa 800. Das heißt unter der Voraussetzung, daß wir nicht etwa Frankreich, das ja an den Reparationen 420 Millionen verdien, für den Verlust Ersatz leisten müssen. Wir verstehen es vollkommen, wenn das Kabinett nach den schmerzlichen Erlebnissen der letzten Monate den dringenden Wunsch hegt, Reserven anzuhäufeln. Der Zwang am Ultimo für die Regulierung Kredite aufzunehmen, ist gewiß nicht erfreulich. Es ist ja kein Geheimnis, daß sich diesmal eine solche finanzielle Transaktion in der verhältnismäßig bescheidenen Höhe von 250 Millionen Markt recht schwierig gestaltet hat, und daß die Summe im Inland untergebracht werden mußte, weil das Ausland kein Vertrauen zu uns hatte. Gegen eine Wiederholung solcher Gefahren möchte man sich schützen. Auch das ist durchaus richtig. Nur glauben wir, daß der Fond zu groß wird. Wir können in unserer Lage solche Beträge nicht der Wirtschaft entziehen. Es wird sofort gesagt werden, daß man dann ja die Krisensteuer aufheben könnte. Das ist schon aus parteipolitischen Gründen unmöglich, denn es würde lediglich dazu führen, daß die Sozialdemokraten ihre Forderungen anmelden und auf der Gewährung unbedingt bestehen, zumal sie ja nach Annahme des Hooverschen Vorschlages, um dessentwillen sie die Regierungsrufe vermieden haben, viel leichter in die Opposition eintreten können, als in der vergangenen Woche.

Worauf es uns in erster Linie ankommt, ist Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit. Nur so kommen wir aus der Verelendung des Marktes wieder heraus. Daß sich die Lohnsumme in einem Jahre um sieben Milliarden vermindert hat, ist der Hauptgrund unserer finanziellen Zerrüttung. Darüber lassen wir uns auch nicht durch Erklärungen wirtschaftlicher Kreise hinwegtäuschen. Sie sehen die Dinge falsch. Verringerte Löhne und damit verbilligte Ware haben keinen Zweck, wenn sie niemand kaufen kann. Die Wirtschaft verdient, sobald der Markt sich wieder regt. Dann spielen auch die Preise nicht mehr die große Rolle. Das haben wir ja in den Konjunkturjahren 1926 bis 1928 gesehen. Wenn das gestaute Kapital zurückkehrt, und wir hoffen es jetzt mit stärkerer Begründung, so senken sich die Zinsen, die am meisten zur Vertreibung beigetragen haben.

Die Sozialdemokraten fordern Änderungen der Notverordnung.

Ein Schreiben an den Reichsfinanzminister.

Berlin, 24. Juni. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat, dem „Vorwärts“ zufolge, ein Schreiben an den Reichsfinanzminister gerichtet, in dem unter Hinweis auf den amerikanischen Vorschlag eines internationalen Moratoriums für die Kriegsschulden für dringend erforderlich bezeichnet wird, die ausgesetzten Änderungen der Notverordnung sofort einzuleiten. Es bestehe kein Hindernis mehr, unmittelbar, nachdem das Moratorium gesichert sei, die Abänderung der Notverordnung vorzunehmen. Das gelte um so mehr, als die Entlastung des allgemeinen Schuldenschatzes viel weitergehe, als bei der Forderungsnahme des Transferratoriums der Fall gewesen wäre.

Wir verkennen nicht, so heißt es in dem Schreiben, daß der Plan des Präsidenten keinen Anlaß zu übertriebenen Hoffnungen geben darf. Der Grundbesatz der Finanzsicherung muß aufrechterhalten werden. Trotzdem müssen aber auch die einschneidenden Vorschriften der Notverordnung gemildert und deren Steuerlasten gesenkt werden. Nur wenn das geschieht, wird die finanzielle Entlastung Deutschlands die Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufschwung und politische Beruhigung werden. Unter diesen Umständen wiederholen wir das dringende Ersuchen an die Reichsregierung, alsbald mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung einzutreten.

Gehaltsfonderregelung für Wehrmacht und Polizei.

Aus staatspolitischen Notwendigkeiten!

Berlin, 23. Juni. Einige Berliner Abendblätter verzeichnen Mitteilungen über die Behandlung von Reichswehr und Polizei bei der Durchführung der Notverordnung. Daraus ist richtig, daß die Angehörigen der Wehrmacht bis zum Hauptmann einschließlich von der Gehaltsförsung ausgenommen werden. Es handelt sich aber keineswegs um Durchführungsbestimmungen; vielmehr ist man sich im Reichskabinett schon bei der Beratung der Notverordnung darüber schloß, die Gehaltsförsung erst vom Stabschef eintreten zu lassen. Neuerdings sind nun den zuständigen Verwaltungsstellen entsprechende Mitteilungen gemacht worden. Ähnlich sucht man auch bei einem Teil der Schusspolizei eine Sonderregelung herbeizuführen. Zwischen dem Innen- und Finanzminister Preußens zum Beispiel schweben bereits seit längerer Zeit Verhandlungen über einen Ausgleich für die Beamten des Landesdienstes. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Gründe für die Sonderbehandlung liegen in der staatspolitischen Notwendigkeit, dem politischen Radikalismus nicht einen Agitationsvorwand gerade bei Wehrmacht und Polizei zu geben. Zudem sind die Besätze der unteren Gruppen ja ohnedies bereits sehr niedrig.

Die Schicksalverbundenheit der Wirtschaftsvölker.

Eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister.

London, 23. Juni. Reichsfinanzminister Dietrich hatte mit dem Berliner Reuter-Berichter eine Unterredung, in der er erklärte, die letzten Tage hätten gezeigt, wie eng die Interessen der industriellen Länder miteinander verbunden seien. Die noch nie dagewesenen Schwierigkeiten, die während der letzten Wochen auf Europa, insbesondere auf Deutschland, lasteten, hätten keineswegs ihren Ursprung in dem nicht balancierten Budget des Deutschen Reiches, im Gegenteil, Deutschlands Schwierigkeiten seien verursacht worden durch die kurzfristigen Kredite, die in den Jahren der scheinbaren Wohlfahrt Deutschland überfluteten und in einem großen Maße im deutschen Handel und in der Industrie aufgeteilt worden seien. Das Kapital sei fast ganz investiert in Unternehmungen, die jetzt nicht in der Lage seien, ein derartiges Zurückziehen innerhalb einer Frist von 24 Stunden zu gestatten. Der Versuch, plötzlich große Teile dieser kurzfristigen Kredite aus Deutschland zurückzuziehen, habe die Schuldner gezwungen, sich auswärtige Währungen von der Reichsbank zu verschaffen in einem Umfang, der immer drohender wurde; aber der Run auf die Reichsbank könne jetzt als beendet angesehen werden. Dies beweise klar, daß das Wirtschaftsleben der Welt auf gegenseitigem Vertrauen aufgebaut sei.

Die Frage eines zweijährigen Moratoriums.

Küstet ab oder bezahlt!

Paris, 24. Juni. (Drahtmeldung unseres Pariser Vertreters.) Wie der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ aus Washington berichtet wird, hat Präsident Hoover in seinem Plan die Möglichkeit offen gelassen, das Moratorium auf zwei Jahre auszuweiten. Zahlreiche politische Führer seien der Ansicht, daß ein einjähriges Moratorium nicht genüge, um Deutschland aus seiner schwierigen finanziellen Lage herauszuheilen. Außerdem weise man darauf hin, daß unter dem Einjahres-Plan die Frage der Ausdehnung des Moratoriums im Juni 1932 ausgetastet werden würde, also mitten in der amerikanischen Kampagne für die Präsidentenwahl. Keine Partei, die Wert auf die Stimmen der deutsch-amerikanischen Wähler lege, werde daher gegen eine Verlängerung des Moratoriums Stellung nehmen können. Man sei schließlich der Ansicht, daß das Ergebnis der Genfer Abrüstungskonferenz die zukünftige Haltung der Vereinigten Staaten mit Bezug auf eine Verlängerung des Moratoriums bestimmend beeinflussen werde. Die Kongressführer erwarteten, daß die amerikanische Delegation auf der Abrüstungskonferenz an Europa das Ultimatum stellen werde: „Küstet ab oder bezahlt!“

Die Regierungserklärung des Kabinetts Buresch.

Brüderliche Freundschaft mit Deutschland.

Wien, 23. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Das neu gebildete Kabinett stellte sich heute dem Nationalrat vor. Bundeskanzler Dr. Buresch kündigte in einer kurzen Regierungserklärung eine beschleunigte Behandlung der Angelegenheit der Kreditanstalt an, wobei eine strenge Revision der Besätze und Pensionen vorgenommen werden soll. In dem von der letzten Regierung unternommenen Sparprogramm wurde die Befoldungssteuer beibehalten. Die Gehaltsführungen der Beamten werden abgeändert werden. In der Außenpolitik würden die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Nachbarstaaten und das gute Verhältnis zu den Großmächten weiter aufrechterhalten. Insbesondere werde die alte brüderliche Freundschaft, die Österreich mit dem Deutschen Reich verbinde, als wertvoller Bestandteil der Außenpolitik mit aller Sorgfalt gepflegt werden. Schließlich begrüßte Dr. Buresch die Aktion des Präsidenten Hoover und dankte ihm, der schon einmal Österreich in der Not beigestanden habe, für die neuerliche große Tat humanen Geistes.

Berliner Momentaufnahmen.

Berlin heiztet. — Auch unsere Museen können abbrennen. — Stechbriefe im Kino. — Der Kranz und die Linzer Torte.

Man hat mal sehr gelacht über eine Zeitungsnotiz: „In unserer Stadt heirateten im vergangenen Jahre 1346 Männer und ebenso viele Frauen“. Natürlich müssen es immer ebenso viele Frauen sein, dachte man, aber jetzt wird in Berlin bekanntgegeben, daß im vergangenen Jahre 23 088 Männer und 22 345 Frauen in den Stand der Ehe getreten sind. Wie das kommt? Nun hat man die Namen der einzelnen aufgeschrieben und festgestellt, daß eine ganze Anzahl von Frauen mehr als Männer in diesem einen Jahre zweimal geheiratet haben! Dadurch erscheinen mehr Männernamen auf der Liste, im übrigen gehören aber auch in Berlin zu einer Heirat — zwei! Das kaufmännische Personal mit rund 22 000 Ehefrauen steht bei weitem an erster Stelle, während Chemiker und Reichswehrsoldaten, Juristen und Künstler auf dem letzten Platz liegen. 900 Männer und 200 Frauen waren am Hochzeitstage mehr als 61 Jahre alt, der jüngste Chemiker 18, die jüngste Ehefrau 15, und von den 22 345 Frauen, die heirateten, hatten 3000 das 20. Lebensjahr noch nicht erreicht. Im Durchschnitt müssen die (ausgerechnet) 13 Berliner Standesämter täglich 150 Trauungen vornehmen, nur zu Weihnachten sind es täglich mehr als 300, weil viele Paare beiderseits berufstätig sind und daher die Heiratstage gern in die Feiertage verlegen.

Das schreckliche Unglück des Münchener Glaspalastes hat die Berliner Polizei etwas aufgeschreckt und veranlaßt, sich die hiesigen Museen etwas näher anzusehen, und dabei hat sich herausgestellt, daß die meisten Gebäude nicht genügend gesichert sind. Im Völkerkundemuseum gibt es ungefähr 100 Feuerlöscher zu wenig, und die vorhandenen sind entweder eingefroren oder nicht mehr zu öffnen, alle aber seit Jahren nicht nachgesehen. Die Wilschleier gehen unten (1) durch Haus, das ganze Riegelgebäude besitzt nur einen einzigen Feuermelder und keine zentrale Alarmanlage. Stattdessen reitet bei Feuer ein alter Wärter durch die 777 Gänge mit einer Handlampe.

Auf dem Dach des Hauses wächst seit Jahren Gras, das einmal in Brand geriet und die Feuerwehr veranlaßte, in ihrem Bericht zu schreiben, sie hätte einen „Präriebrand“ gelöscht. Was es nicht alles gibt. Das Kaiser-Friedrich-Museum verfügt auch nur über einen Feuermelder, da-

Rund 4 Millionen Arbeitslose.

Weitere Entlastung des Arbeitsmarktes in der ersten Junihälfte.

Berlin, 23. Juni. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Juni 1931 hat die Entlastung des Arbeitsmarktes in der ersten Hälfte des Monats Juni weitere Fortschritte gemacht; die Bewegung hat sich zwar verlangsamt, war aber günstiger als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, wo die konjunkturelle Verschlechterung die saisonmäßige Belebung überdeckte. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen, die am 31. Mai noch rund 4 053 000 betrug, ist bis zum 15. Juni auf rund 4 Millionen zurückgegangen. In der Arbeitslosenversicherung hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um mehr als 100 000 abgenommen und lag am 15. Juni bei rund 1 476 000. Die Zahl der Krisenunterstützten hat noch, wenn auch unerheblich, zugenommen, und zwar um rund 4000 auf rund 933 000.

Wenn auch die Entlastung im wesentlichen durch die Saisonaußenberufe getragen wird, so ist doch in den übrigen Berufsgruppen eine weitere Aufnahme von Arbeitskräften erfolgt.

Die Arbeitsämter konnten in den meisten Bezirken eine lebhaftere Vermittlungstätigkeit entwickeln, und zwar vor allem für den Bedarf der Landwirtschaft. Weitere Vermittlungen ergaben sich aus der starken Fluktuation, die sich zum Beispiel im Baugewerbe, in manchen Konsumgüterindustrien, in zahlreichen Aufträgen für kurzfristige Beschäftigung zeigte, sowie ferner aus der Nachfrage einzelner aufbeschäftigter Industriezweige nach Fachkräften.

Der Arbeitsmarkt der Angestellten hat im Laufe des Monats Mai keine weiteren Rückschläge erlitten. Im Juni konnte jedoch der erreichte Stillstand nicht völlig festgehalten werden.

Der deutsch-rumänische Handelsvertrag.

Unzutreffende französische Behauptungen.

Berlin, 3. Juni. Zu dem Abschluß der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen, die in den letzten 14 Tagen in Berlin geführt worden sind, erfahren wir von gut unterrichteter Seite, daß die beiden Delegationen sich in der Frage der Präferenzsätze streng an die Richtlinien gehalten haben, die über die Benützung der östlichen Agrarstaaten verabredet worden sind. Der Vertrag sieht nicht vor, daß Deutschland eine bestimmte Menge Getreide zu Präferenzsätzen abzunehmen hat und enthält auch keine Lieferungsverpflichtung. Es bleibt dem freien Handel überlassen, den Nutzen aus den Präferenzsätzen zu ziehen. In diesem Punkte unterliegt sich der Vertrag von dem zwischen Frankreich und Südslawien vereinbarten Präferenzsystem. In dem französisch-slawischen Vertrage werden die Präferenzsätze direkt von Staatskasse zu Staatskasse verrechnet.

Der deutsch-rumänische Vertrag sieht für die Einfuhr von Futtergerste nach Deutschland einen Abschlag von 50 Prozent des jeweils geltenden autonomen Zolles und für Mais einen solchen von 60 Prozent vor. Entgegen der Behauptung des „Matin“ hat die rumänische Regierung Deutschland keinerlei Kontrollrechte über die rumänische Ausfuhr zugestanden. Auch in der Frage der Industriezölle ist Deutschland keine Vorzugsbehandlung zugesagt worden. Auf Grund der Meistbegünstigungsklausel der anderen Handelsverträge Rumäniens genießen alle Vertragsstaaten die gleichen Vorzugsätze. Man hofft in hiesigen unterrichteten Kreisen, daß die Stärkung der Kaufkraft Rumäniens die Absatzbedingungen für Industrieartikel in Rumänien günstiger gestalten werde, und daß unsere Industrie in der Lage ist, in freier Konkurrenz gegen die anderen Industriestaaten zu bestehen.

Da der rumänische Delegationsführer Popescu gestern unmittelbar nach der Paraphierung des Vertrages nach Genf abgereist ist, um dort an den Verhandlungen über südosteuropäische Agrarfragen teilzunehmen, und da auch die deutschen Delegationsführer an diesen Verhandlungen teilnehmen werden, ist anzunehmen, daß der Vertrag in Genf am 24. oder 25. d. M. unterzeichnet wird.

gegen ist von einer zentralen Alarmanlage nichts zu sehen. Gleichzeitig konnte festgestellt werden, daß in allen Museen die Aufseher keine Ahnung haben, was Feuer tun könnte, wenn Feuer ausbräche, entschuldigten sich aber damit, daß sie teils nur zur Aushilfe da seien, teils keine Anleitung erhalten hätten. Eine Feuerordnung für Personal und Publikum scheint es für Berliner Museen nicht zu geben, aber, wie man hört, soll jetzt endlich etwas geschehen, damit wir nicht auch so zusehen müssen wie die Münchener, wenn uns ein Palast abbrennt.

Es ist zweifellos eine ausgezeichnete Idee, Stechbriefe auch in den Kinos laufen zu lassen. Lese ich da z. B., daß man einige tausend Mark gewinnen könne, wenn man die fünf Banditen fängt, welche vor Wochen 20 000 M. aus einem Mietbüro gestohlen haben. Das ist fein: man fikt im Kino und liest so was und nimmt sich vor, gleich am nächsten Morgen an die Arbeit zu gehen, um diese Leute zu fangen. Kann doch gar nicht schwer sein. Unmöglich ist es, denn die Polizei hat die fünf vor Wochen schon gefaßt, aber in den Kinos kann man immer noch den Stechbrief lesen. Doch lebe die Organisation!

Aber nichts gegen die Kriminalisten. Sie haben im Lunapark zu Wohlhabenszwecken drei Beamte unter das Publikum gemischt, drei verkappte „Verbrecher“, die gefaßt werden sollten. Die Belohnungen waren hoch, und es wurde eifrig gesucht, aber von den sechs Personen, welche die „Verbrecher“ tatsächlich auswärteten, haben sich drei nicht gemeldet und ihre Belohnung nicht in Empfang genommen. Es waren nämlich drei Berufsverbrecher, denen die Beamten bekannt waren, die aber kein Interesse daran hatten, selbst auf Kosten einer Belohnung völlig ins Licht zu treten. Nun sucht die Polizei nach den drei, aber ob sie sie so leicht finden wird wie umgekehrt, ist fraglich.

Einem unserer bekanntesten und beliebtesten Komiker ist es neulich passiert, daß er auf eine Beerdigung mußte, jedoch nicht Zeit fand, selbst einen Kranz zu besorgen. Er beauftragte daher sein Dienstmädchen, einen Kranz zu holen und ihm direkt aus dem Friedhof zu bringen. Das gute Weib erscheint denn auch, auf dem Arm ein kleines Paket, in Seidenpapier eingewickelt.

„Um Gotteswillen, was haben Sie denn da?“, ruft der Komiker entsetzt und böses ahnend.

„Kranz war nicht mehr da“, erwidert freundlich das Mädchen, „da habe ich Linzer Torte genommen“.

CUBERT

Lord Robert Cecil über die Abrüstung.

Ein Vortrag auf dem Rotaro-Kongress.

Wien, 23. Juni. Der 22. Jahreskongress des internationalen Rotaro-Verbandes wurde heute in dem mit den Fahnen sämtlicher Nationen geschmückten Konzerthausaal mit einer Festversammlung eröffnet.

Lord Robert Cecil hielt einen Vortrag über die Abrüstungsfrage. U. a. legte er dar: Die Frage der Einschränkung der nationalen Rüstungen soll vor die große Abrüstungskonferenz gebracht werden, die am 2. Februar 1932 zusammentritt. Ein Erfolg ist nur möglich, wenn von Anfang an nicht allein auf die Begrenzung, sondern auch auf die Herabsetzung und den Ausgleich der Rüstungen aller Nationen hingearbeitet wird. Wir wollen eine Herabsetzung der Rüstungen bis zur Grenze von Polizeitruppen. Heere sollen nicht länger als Werkzeuge der nationalen Politik benutzt werden, durch die man den Willen des einen oder des anderen Volkes, dieser oder jener anderen nationalen Gruppe den Wünschen der übrigen unterwirft, sondern sie sollen einsig und allein zum Zweck gehalten werden, Anordnungen und Gesetzmäßigkeiten durch die internationale Autorität zu unterdrücken. Wir dürfen nicht erwarten, daß wir schon im nächsten Jahr alles oder fast alles erreichen, was wir wünschen. Von höchster Wichtigkeit ist, daß auf der Konferenz von 1932 Richtlinien festgelegt werden, die uns endgültig vorwärts bringen. Wir werden nicht zufrieden gestellt sein, wenn wir weniger als 25 Prozent Herabsetzung der Weltrüstungskosten erreichen. Fast ebenso wichtig ist es, daß das Prinzip der internationalen Gleichheit in Bezug auf die Rüstungen anerkannt wird. Daraus folgt, daß die Herabsetzung der Rüstungen allein bei denjenigen Staaten vorzunehmen ist, die noch nicht abgerüstet haben.

Das schriftliche Verfahren im Zollunionsstreit.

Italien beteiligt sich.

Haag, 23. Juni. Der italienische Minister des Auswärtigen hat dem ständigen Internationalen Gerichtshof die Mitteilung zukommen lassen, daß die italienische Regierung an dem schriftlichen Verfahren im Zollunionsstreit um die deutsch-österreichische Zollunion teilnehme. Sie wird dem Gerichtshof in Kürze die schriftliche Darlegung ihres Standpunkts in dieser Angelegenheit zukommen lassen. Damit haben bisher 5 Staaten dem Haag Gerichtshof zu erkennen gegeben, daß sie sich an dem Verfahren zu beteiligen wünschen, nämlich außer Deutschland und Österreich, die Tschechoslowakei, Frankreich und Italien.

Studentenunruhen in Wien.

Schließung sämtlicher Hochschulen.

Wien, 23. Juni. Die Mitteilung von der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes über die neue Studentenordnung verursachte an der Universität große Erregung und vorübergehende Zusammenstöße zwischen den einzelnen Studentengruppen. Angehörige der Deutschen Studentenschaft drangen in die Hörsäle unter Schmährufen auf die Juden und den Verfassungsgerichtshof ein. In der Aula kam es zu ersten Prügeleien, bei denen eine Anzahl Studenten so verletzt wurde, daß sie die Hilfe der rasch herbeigerufenen Rettungsgesellschaft in Anspruch nehmen mußten. Der Rektor der Wiener Universität hat im Hinblick auf die Vorgänge die Schließung der Hochschule bis auf weiteres verfügt. Auch die Technische Hochschule sowie die Hochschulen für Bodenkultur und Welthandel sind bis auf weiteres geschlossen worden.

Die deutsch-russischen Verhandlungen über den Urheberrecht geschleiert.

Moskau, 24. Juni. Die deutsch-sowjetischen Verhandlungen über Urheberrecht sind nach einer Mitteilung des Führers der deutschen Delegation, Geheimrat Martius, gescheitert. Ein gemeinsames Kommuniqué wird nicht ausgegeben. Die deutsche Delegation reist heute abend nach Deutschland zurück.

Aus Kunst und Leben.

* „Die Bacchantinnen“. (Uraufführung in der Wiener Staatsoper). Man schreibt uns aus Wien: Esam Welles, in Wien geboren, in Wien als Musiklehrer tätig, hat Dorn („Prinzessin Cirnaga“, „Mefisto“) und Ballette („Diana“, „Achilles auf Skyros“ u. a.) komponiert und kommt doch in seiner Heimatstadt zum ersten Mal zu Wort. Clemens Kraus hat ihn zum ersten Mal mit seinem neuesten Werk vorgestellt. Das Drama des siebenjährigen Euripides gibt Welles, der daraus einen nachgedichteten Haugvollen Text schöpft, viel Gelegenheit zu musizieren. Der Text selbst bleibt leider beinahe unverständlich weil die Vorgesänge nur kurz erzählt wird. Es geht um den Kampf des Dionysos über des überirdischen Wanders gegen den Thebanerkönig Pentheus oder die gottfremde Vernunft. Pentheus' Mutter Agave hat seinerzeit Semele den Rat gegeben, von ihrem Geliebten Jupiter zu verlangen, er möge sich ihr einmal in seiner wahren Gestalt zeigen. Jupiter erscheint mit Donner und Blitz und Semele blickt die Erscheinung mit ihrem Tod. Aber die Frucht dieser Umarmung der schwärmerische Gott Dionysos rächt nun seine Mutter. Er kommt nach Theben, verwirrt den Sinn Agaves, des blinden Sehers Teiresias und Pentheus, der den Gott nicht anerkennen will, wird von der eigenen Mutter im Wahn getötet. Die Bacchantinnen tanzen und singen in den zwei Akten im Vordergrund dieser düsteren Begebenheiten. Ihre Chöre gelingen Welles ganz besonders. Hier ist harte Rhythmis, straffe Energie, bacchantische Lust. Die mehr atonalen Resitativs des Dionysos, der Agave und des Pentheus wirken farblos, düster, herb und mißwendig. S. B. R.

* Internationaler Kongress des PEN-Klubs. Im Ritteraal des Binnenhofes in Haag wurde der 9. internationale Kongress des PEN-Klubs eröffnet. Der Kongress zählt über 300 Teilnehmer aus 36 Ländern, darunter Schriftsteller von internationalem Ruf, wie namentlich die Deutschen Thomas Mann, Georg Hermann, und Hans Blund, die Österreicher Jakob Wassermann, Felix Salten und Franz Werfel, den englischen Vizepräsidenten des PEN-Klubs, John Galsworthy, sowie die Franzosen Jules Romains und George Duhamel. Der Eröffnungsakt wurde vom holländischen Ministerpräsidenten Ruus de Beerenbrood geleitet, der der Freude seiner Regierung darüber Ausdruck verlieh, daß sie die Fürsten der Poesie und Literatur, deren Schaffen

Etats-Annahme im Stadtparlament.

Schnelle Verabschiedung nach langwierigen Ausschußberatungen.

Ein Erfolg des Gemeinsinnes und des Verantwortungsbewußtseins.

Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedete den Haushalt für das Rechnungsjahr 1931 nach kaum dreistündiger Debatte mit einer Zweidrittel-Mehrheit. Statt langer Reden bildeten knapp formulierte Erklärungen und kurze Geschäftsordnungsdebatten den Rahmen des seit der Oberbürgermeisterwahl wohl bedeutungsvollsten kommunalpolitischen Ereignisses.

Mit beachtenswertem Erfolg hat die Stadtverordnetenversammlung, die mit dem Zwangsetat im Vorjahr und durch den ungünstigen Ausgang des Streikverfahrens nicht nur dem Magistrat, sondern auch der staatlichen Aufsichtsbehörde gegenüber in das Hintertreffen gekommen war, diesmal die Entlastungsanliegen zum Ziel geführt und mit der Verabschiedung des Haushalts den energischen Willen zur positiven Arbeit, zur Sparsamkeit und zu einem entschlossenen Kampf für das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung zum Ausdruck gebracht. Der Staatskampf sah in diesem Jahre die Stadtverordnetenversammlung in Frontstellung gegen das Staatsdiktat unter Ausschaltung des Magistrats, der sich durch seine weitgehende Zustimmung zu den Tapolski-Vorschlägen in stark isolierter Position befand. Das Staatsdiktat der bürgerlichen Parteien, aus dessen Front bedauerlicherweise die Deutschnationalen noch in letzter Stunde ausbrachen, hat zweifellos mit der Verabschiedung des Haushalts auf der Grundlage der Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses einen außerordentlichen Erfolg errungen und nicht nur die Stellung der Stadtverordnetenversammlung gegenüber dem Magistrat, sondern auch gegenüber der Bürgerschaft gestärkt.

Wenn der Oberbürgermeister glaubte darauf hinweisen zu müssen, daß der Ausleihenvorschlag des Wirtschaftsausschusses auf Trugschlüssen, z. B. in der Frage der Defizitanleihe und der Abstriche, beruhe, so muß dem entgegen gehalten werden, daß nicht nur in dem Ausleihenvorschlag des Staatskommissars, sondern auch in dem Deckungsvorschlag des Magistrats die Defizitanleihe als Ausleihensposten reiflos in Ansatz gebracht worden ist. Die beschlossenen Abstriche sind in jedem einzelnen Falle genau überprüft und nach allen Seiten abgemessen worden. Was sich auch im Laufe des Rechnungsjahres die dringende Notwendigkeit dieser oder jener Ausgabe herausstellen, durch die Abstriche hat die Stadtverordnetenversammlung auf jeden Fall den Ausgabrahmen der Stadtwirtschaft auf das äußerste Maß beschränkt und damit die Möglichkeit ausgeschaltet, größere Beträge ohne Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung außeretatsmäßig auszugeben. Die bürgerlichen Fraktionen und die Sozialdemokratie haben im Stein-Jahr mit der Verabschiedung des Haushalts ein großes Maß von Verantwortungsbewußtsein gegenüber der gemeindlichen Selbstverwaltung und der Bürgerschaft gezeigt.

Doppelte Bürgersteuer und beschränkte Kanalbenutzungsgebühr ab 1. Oktober d. J., Pafen, die in den meisten

deutschen Städten der Bürgerschaft bereits auferlegt sind, zwar bringt der neue Etat doch keine Verdreifachung der Bürgersteuer, keine Straßeneinigungsgebühr, keine Berufsschulbeiträge, keine Schulgelderhöhung, keine Erhöhung der Friedhofsgebühren und keine weitere Schmälerung der Unterstützungssätze für die Unterstützungsempfänger des Wohlfahrtsamtes!

Das ist das positive Ergebnis der Staatsverabschiedung! An dem Magistrat liegt es nunmehr, den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung zuzustimmen und den ordnungsmäßig festgestellten Etat in lokaler Weise der Staatsregierung gegenüber zu vertreten.

Sitzungsbericht.

Stadtverordneter (Sos.) berichtete zunächst über die Arbeiten des Wirtschaftsausschusses, die durch die eingehende Berichterstattung des Wiesbadener Tagblatts unseren Lesern bereits bekannt sind. 289 Anträge und Anregungen standen zur Debatte; davon wurden 112 Anträge angenommen, 132 abgelehnt und 8 von den Antragstellern zurückgezogen. Schon aus diesen Zahlen ergibt sich, welche gewaltige Arbeit im Wirtschaftsausschuß geleistet worden ist.

Stadtverordneter Schütter beantragte, nicht über die einzelnen Anträge zu beschließen, sondern en bloc abzustimmen. Stadtverordneter Ballmann (Komm.) verlangte dagegen Einzelabstimmung. Der Antrag Schütter wurde angenommen.

Der Oberbürgermeister hat Bedenken und empfiehlt den Magistratsentwurf.

Oberbürgermeister Krüde führte u. a. aus: Der vom Magistrat vorgelegte Etat hat durch zwei Ereignisse eine Änderung erfahren. Einmal durch das Gutachten, welches die Kommissare des Ministeriums erstattet haben, und zweitens durch die nach Aufstellung des Etats erlassene zweite Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten. Der vom Magistrat vorgelegte Etat schloß mit einem Defizit von 5,48 Millionen Mark ab. Außerdem war in dem Etat eine Sonderzuweisung von Reich und Staat mit 0,8 Millionen Mark vorgesehen, so daß unter Hinzurechnung dieser Sonderzuweisung sich ein Gesamtdesizit von 6,28 Millionen Mark ergab. Das Gutachten der Staatskommissare hat demgegenüber an dem Etat Verbesserungen vorgelegen in Höhe von 3,281 Millionen Mark. Der Magistrat hat mit der Staatsregierung Fühlung genommen und danach den Eindruck gewonnen, daß die Staatsregierung die Vorschläge des Magistrats genehmigen wird, wenn die Abweichung von dem Gutachten der Staatskommissare auf rund 500 000 M. herabgesetzt wird. Es sollten also noch etwa 184 000 M. an dem Etat einspart werden.

Der Magistrat hat die einzelnen Etats nochmals einer Durchsicht unterworfen und dabei auch die Vorschläge berücksichtigt, welche im Wirtschaftsausschuß in Bezug auf Abstriche gemacht worden sind. Der Magistrat ist danach zu dem Ergebnis gekommen, noch etwa 175 000 M. an den einzelnen Etats abzustreichen. Berücksichtigt man werden, daß bereits im Vorjahre erhebliche Abstriche an dem Etat vorgenommen wurden, und daß auch nach dem Gutachten der Ministerialkommissare weitere Abstriche vorzunehmen sind. Infolgedessen hat die erneute Nachprüfung größerer Abstriche nicht ergeben können. Die Pflichtaufgaben der Stadt erfordern gewisse Beträge, die unbedingt eingelegt werden müssen, um nicht zu einem Scheinetat zu gelangen. Ein Scheinetat muß aber auf alle Fälle vermieden werden, zumal der Etat nicht für das eine Jahr, sondern sich auch auf die beiden nächsten Jahre auswirken soll.

Alles in allem ergibt sich, daß nach den von dem Magistrat vorgenommenen Abstrichen die Etatsansätze so festgelegt sind, daß sie auch im Hinblick auf die jetzigen Notjahre das Minimum darstellen, unter das nicht mehr herabgesunken werden kann. Wenn demgegenüber es so dargestellt wird, als ob es trotzdem noch möglich sei, an den Etats Beträge bis zu 1 Million und mehr abzustreichen und damit den Etat auszugleichen, und zwar besser, als es die Ministerialkommissare getan hätten, so gibt man sich damit einer großen Täuschung hin.

Auch die sogenannten Schenkungsposten für eintretende Ausfälle, namentlich bei den Steuern, und für größere Zugänge am Wohlfahrtsamt sind so vorsichtig angenommen und durch die Erfahrungen in dem ersten Vierteljahr des Etatsjahres schon bestätigt worden, daß sie nicht abgesetzt werden können. Es können nur Abstriche anerkannt werden, die effektiv wirksam sind und praktisch durchgeführt werden.

Sieht man nur diese Abstriche ein, wie der Magistrat es getan hat, so ergibt sich, daß der Etat nicht ausgeglichen ist, sondern daß ein Defizit von 3,5 Millionen Mark gegenüber 3 Millionen Mark nach den Vorschlägen der Regierungskommissare verbleibt.

Es fragt sich nun, welche Auswirkungen die zweite Notverordnung hat. Eine genaue Schätzung der der Stadt zuzukommenden Beträge läßt sich im Augenblick nicht geben. Es kann nur eine ungefähre Schätzung vorgenommen werden. Voraussetzungslos wird durch die Gehaltskürzung bei den Beamten, die ab 1. Juli in Kraft tritt, für dieses Jahr eine Minderung der Ausgaben eintreten von 400 000 M. Die Senkung der Löhne der Arbeiter, die sich auf alle Fälle erst ab 1. Oktober auswirken kann, wird zu schätzen sein auf 325 000 M. Die Beträge, welche die Stadt für Wohlfahrtsarbeiten nach den Bestimmungen der Notverordnung günstiger als zu erwarten hat, werden anzunehmen sein mit 900 000 M. Es ergibt sich demnach eine Gesamtsumme von 1,625 Millionen Mark. Ob die Notverordnung sich tatsächlich so auswirkt, dafür kann freilich nicht garantiert werden. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Notverordnung auch für Wiesbaden wirtschaftlich eine ungünstige Auswirkung hat. Es muß damit gerechnet werden, daß der Fremdenverkehr zurückgeht, daß die Kaufkraft verringert wird und daß die Mindereinnahmen der Wirtschaftsbetriebe sich zu Mindereinnahmen der Stadt bei Steuern und Tarifen gestalten.

Selbst wenn man die vorstehenden Beträge mit 1,625 Millionen Mark aber voll in Ansatz bringt, so vermindert sich lediglich das Defizit von 3,5 Millionen Mark um 1,625 Millionen Mark, so daß ein Defizit von 1,875 Millionen Mark verbleibt.

Was dieses Defizit betrifft, so muß mit allen Mitteln erstrebt werden, daß dasselbe durch Beihilfen von Reich

und Staat oder durch allgemeine Zuwendungen für die Wohlfahrtspflege ausgeglichen wird.

Zunächst soll eine Erhöhung des gegenwärtigen Staatszuschusses noch erbeten werden. Eventuell kommt die Deckung durch Anleihe bzw. Verkauf von Wertpapieren in Frage. Um diese Staatszuschüsse, auf die Wiesbaden nach wie vor unbedingt angewiesen ist, zu erreichen und um zu einer wirklichen Sanierung der Finanzen zu kommen, ist es dringend notwendig, daß man sich keiner Täuschung hingibt, sondern die Dinge so sieht, wie sie wirklich sind.

Dann aber lassen sich auch auf der Einnahmenseite die von den Staatskommissaren eingelegten Erhöhungen — von der Straßeneinigungsgebühr abgesehen — nicht umgehen. Es soll nicht verkantet werden, daß diese Maßnahmen schwere neue Belastungen bringen; sie sind aber, wenn wir einigermaßen den Etat wirklich in Ordnung bringen und zu einer Sanierung gelangen wollen, notwendig.

Die außenpolitische Erleichterung, welche das Deutsche Reich nach dem Schritt des amerikanischen Präsidenten erfährt, macht, da sie keine unmittelbare Auswirkung auf die Finanzen der Gemeinden hat, die Sanierungsmassnahmen nicht überflüssig. Sie darf aber in uns die Hoffnung erwecken, daß die Opfer und Einschränkungen, die wir auch in der Stadt noch bringen müssen, nicht vergeblich sind, sondern daß wir in Verbindung mit Reich und Staat auch in den Stadtfinanzen allmählich wieder zu geordneten Verhältnissen kommen werden.

Nach der Auffassung des Oberbürgermeisters ist der Wirtschaftsausschuß von zwei falschen Voraussetzungen ausgegangen. Einmal habe er die Anleihe von 2,4 Millionen bereits eingelegt. Es sei aber recht fraglich, ob Wiesbaden diese Anleihe noch bekomme. Der Wirtschaftsausschuß habe die Beratungen über die Aufnahme der Anleihe leider so lange hinausgeschoben, daß durch die inzwischen eingetretenen Börsenschwierigkeiten die Zentralbankkreditgesellschaft in Berlin außerstande erklärt habe, die Anleihe unter den gegebenen Umständen zu gewähren. Zweitens habe der Wirtschaftsausschuß den zu erwartenden Staatszuschuß in Höhe von 600 000 M. nicht in Anrechnung gebracht und die Beträge, die Wiesbaden auf Grund der Notverordnung zu erwarten habe, nicht berücksichtigt. Auch seien die Schenkungen des Magistrats hinsichtlich der zu erwartenden Steuern mindereingänge, die durch das erste Vierteljahr vollkommen befriedigt seien, übergegangen worden. Es erscheine auch sehr fraglich, ob die Regierung die in Aussicht genommenen Zuschüsse zahle, wenn die Stadtverordnetenversammlung im wesentlichen alle Steuernorschläge Tapolskis ablehne. Die Stadtwirtschaft sei aber auf diese Zuschüsse unbedingt angewiesen, da sie sonst nach dem Scheitern der Anleiheverhandlungen nicht wisse, wie sie die für den 1. Juli fälligen Summen aufbringen solle. Der Oberbürgermeister hat deshalb die Stadtverordnetenversammlung dringend, die Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses zu revidieren. Es habe keinen Zweck, sich etwas vorzumachen und einen Scheinetat zu verabschieden. Er hat die Versammlung, den Etat nach den Vorschlägen des Magistrats zu verabschieden.

Die gemeinsame Erklärung der bürgerlichen Parteien.

Im Namen der vereinigten bürgerlichen Parteien (Deutsche Volkspartei, Zentrum, Wirtschafts- und Staatspartei) gab Stadtverordneter Kuchler (Staatspartei) folgende Erklärung ab:

In langer mühevoller Arbeit haben die vereinigten bürgerlichen Fraktionen an der Ausarbeitung des städtischen Etats gearbeitet mit dem Ergebnis, daß gegenüber dem vorgelegten Etatsentwurf des Magistrats Verbesserungen in Höhe von 3,8 Millionen Mark erreicht sind. Dabei mühten Kürzungen und Streichungen vorgenommen werden, die uns außerordentlich schwer gefallen sind. Wir sind uns auch darüber klar, daß wir damit der Bürgerschaft Belastungen zumuten, die an die Grenzen des Erträglichen herangehen. Es geschieht aber nur, um Schlimmstes zu verhüten und die allmähliche Gesundung unserer Finanz- und Wirtschaftslage anzubahnen.

Aufs Entschiedenste verwahren wir uns dagegen, daß es sich hierbei um Streichungen handelt, die praktisch nicht durchführbar seien. Als maßgebend für den Umfang der Streichungen und Kürzungen können heute nur die finanziellen Möglichkeiten und die Lebensnotwendigkeit der Bevölkerung angesehen werden.

Von dem Herrn Oberbürgermeister erwarten wir, daß er, die hohe Bedeutung der Selbstverwaltung achtend, einen von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten Etat auch gegenüber der Regierung in Berlin mit allem Nachdruck vertreten wird.

Die Sozialdemokraten stimmen zu.

Stadtverordneter Reinsperger (Sos.) stimmte für seine Fraktion den Vorschlägen der bürgerlichen Parteien zu. Er beantragte verschiedene Abänderungen. So soll das Gehalt des Oberbürgermeisters, das nach den bürgerlichen Anträgen noch nicht festgelegt war, dem Gehalt eines preussischen Oberpräsidenten gleichgestellt werden. Das Gehalt des Bürgermeisters dem eines Regierungspräsidenten, das der besoldeten Stadträte und Beigeordneten dem Gehalt eines preussischen Ministerialrates (Gruppe 1a) zuzüglich 1000 Mark jährliche Zulage. Außerdem verlangt die sozialdemokratische Fraktion, daß die bürgerlichen Forderungen, eine Reihe von Arbeiten, wie die Betreuung der öffentlichen Anlagen, der Stiftungsgräber, der Betrieb des Leichenfuhrwerks und der Betrieb von Säuglingsmilch der Privatwirtschaft zu übertragen, bis zur Verwaltungsreform zurückgestellt werden.

Stadtverordneter Schneider (Wirtschaftspartei) teilte daraufhin mit, daß der Ausfall von 120 000 Mark, der durch die sozialdemokratischen Abänderungsanträge eintritt, ausgeglichen werde durch einen Rechenfehler, den die bürgerlichen Parteien in ihrer Aufstellung entdeckt hätten. Dadurch stünden 100 000 Mark mehr zur Verfügung. 20 000 Mark könnte man bei einer Umbotierung der Bürgersteuer gewinnen, so daß die Mindereingänge auf Grund der sozialdemokratischen Anträge ausgeglichen seien.

Die Nationalsozialisten sind verstimmt.

Stadtverordneter Habicht (Nat.-Sos.) bemerkte, man solle den Stadtverordneten Schneider nicht als Schnellrechner betrachten, denn er habe den Rechenfehler nicht erst jetzt gefunden.

die Arbeit der Staatslenker und Politiker vorbereite und inspiriere, in ihrer Residenz besuchen könne. Hierauf hielt der Vorsitzende des niederländischen PEN-Klubs Dr. Boukens in deutscher Sprache eine längere Begrüßungsrede, die in einem vom Kongress begeistert aufgenommenen Auktus an die Mitglieder des PEN-Klubs aus allen Ländern zur Befestigung der Kriegsgelassen und zur Erhaltung des Friedens ausmündete. Die Schriftsteller aller Länder seien gerade in der jetzigen Zeit größter politischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten dazu berufen, sich energisch für eine Verständigung der Völker im Sinne der Gerechtigkeit einzusetzen. Den Abschluß der eindrucksvollen Feierlichkeit bildete eine Ansprache von John Galsworthy, der im Namen der ausländischen Kongreßteilnehmer den holländischen Veranstaltern des Kongresses für den herrlichen Empfang dankte und seine Bewunderung für die Leistungen der holländischen Literatur und Dichtkunst ausdrückte.

* Deutsche Albrecht-Dürer-Stiftung in Nürnberg. Von den in diesem Jahr eingegangenen 239 Bewerbungen für die von der Stadt Nürnberg errichtete Deutsche Albrecht-Dürer-Stiftung zur Förderung deutscher bildender Künstler sind von dem Kuratorin folgenden Künstlerinnen Stipendien verliehen worden: Franz Joseph Burke (Nürnberg), Carl Busch (Künzler i. Westf.), Walter Frosen (Düsseldorf), Conrad Felixmüller (Dresden), Ernst Gries (Berlin), Barthel Gilles (Köln), Karl Gries (Nürnberg), Adolf de Haer (Düsseldorf), Albert Heintich (Düsseldorf), Julius Hüter (München), Max Kaus (Berlin), Wills Kriegel (Dresden), Max Lacher (München), Fritz Locher (München), Paul Oberhoff (Dresden), Paul Bedua (München), Reinhold Pollas (München), Wilhelm Palmes (Düsseldorf), Max Rauh (München) und Heinz Rofe (München).

* Die Bayreuther Festspiele auf dem Reichsrundfunk. Die seit Jahren geführten Verhandlungen zwischen dem Reichsrundfunk und den Leitern der Bayreuther Festspiele sind dieser Tage zum Abschluß gelangt. Es ist vereinbart worden, daß die erste „Tristan“-Aufführung, die von Gurtwängler geleitet wird, auf den gesamten deutschen Rundfunk übernommen wird.

Wissenschaft und Technik. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbebeziehung veranstaltet vom 1. bis 4. Juli in Bonn einen allgemeinen Vortragskurs über neuere Fragen der Arbeits- und Gewerbebeziehung. — Bei dem diesjährigen Preiswettbewerb der Technischen Hochschule Berlin ist für die Architektur-Abteilung als Preisauflage der Entwurf eines Ausstellungsgebäudes und für die Abteilung für Bauingenieurwesen ein Eisenbetontunnel vorgegeben worden. Der Endtermin für die Einreichung von Entwürfen ist der 30. April 1932. Teilnahmeberechtigt sind alle ordentlichen Studierenden der Technischen Hochschule.

Die ganze Angelegenheit sei bereits heute morgen in der ersten Sitzung des Stadtschulsausschusses behandelt worden. Die Sozialdemokraten seien glücklich wieder einmal umgefallen und müssten sich wundern, daß sie nicht die bürgerliche Erklärung mitunterzeichnet hätten. Sie seien doch längst als linker Flügel der bürgerlichen Parteien zu betrachten. Am Samstag habe es geschienen, als solle die Einigkeit zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien zu Bruch gehen. Von bürgerlicher Seite habe man sich bei den Nationalsozialisten anzubiedern versucht; da sie dort aber nichts abgewehrt worden seien, fänden sich die Sozialdemokraten nunmehr doch bereit, den Vorschlägen der bürgerlichen Parteien ihre Zustimmung zu geben. Der Redner bezeichnete den Staat nach den bürgerlichen und sozialdemokratischen Ansichten als einen Schein Staat und drückte seine Freude darüber aus, daß die Koalition, die die Stadt in die gegenwärtige Lage gebracht habe, nunmehr auch die Verantwortung für das Resultat ihrer Arbeit übernehmen müsse.

Die Kommunisten fühlen sich überrumpelt.

Stadtv. Ballmann (Komm.) bezeichnete die en bloc-Verabschiedung der Anträge als Überrumpelung und Unentschiedenheit. Allen Anschein nach habe man etwas zu verbergen, sonst bestünde kein Grund, die Abstimmung über die einzelnen Anträge abzulehnen. Gegen die Zusammenfassung von Ämtern habe seine Partei nichts einzuwenden, sie wende sich nur gegen den Abbau der dadurch freiwerdenden Angestellten. Wenn man bei der Etatsfestsetzung die Unterstützungsfähigkeit am Wohlfahrtsamt nicht ändere, so bedeute das an sich nichts. Jeder Stadtverordnete wisse, daß der Magistrat von sich aus die Sache verabschieden könne, und daß er dies auch zweifellos schon in einigen Wochen tun werde.

Stadtv. Arndt (Soz.) wies darauf hin, daß bei den heutigen Verhältnissen niemand eine Garantie dafür übernehmen könne, ob die Staatskassen eingehalten würden. Die Sozialdemokratie habe den weitestgehenden Abstrichen am Etat zugestimmt, weil sie damit einen Abbau am Wohlfahrtsamt verhindern konnte. Als der Redner dem kommunistischen Stadtschulsausschuss den Rat auf seine Zwischenrufe sagte, daß er die Verhältnisse nicht durchschauen könne, bezeichnete Stadtschulsausschuss den Rat als Schemel. Stadtschulsausschuss Rat erhielt dafür einen Ordnungsruf.

Die Deutsch-Nationalen äußern prinzipielle Bedenken.

Stadtv. Freisenius (D.-Ntl.) sprach anerkennende Worte über die Arbeiten des Wirtschaftsausschusses. Seine Fraktion habe einer ganzen Reihe von Anträgen zugestimmt. Der Einigung zwischen Sozialdemokratie und den vereinigten bürgerlichen Fraktionen und der dadurch zustande gekommenen Entlohnung könne keine Fraktion jedoch nicht beitreten. Nach ihrer Auffassung sei eine Reihe von Abstrichen nicht durchführbar und der Ausgleich bestehe deshalb nur zum Schein. Der Redner bat den Magistrat, der Staatsregierung gegenüber mit allem Nachdruck zu betonen, daß sie ein großes Teil Schuld an den Verhältnissen in Wiesbaden trage. Stadtschulsausschuss Freisenius verwies auf die hohen Hauszinssteuerbeträge, die zu Unrecht aus Wiesbaden herausgezogen würden und auf die schweren Lasten, die der Stadt durch die Eingemeindung von der Staatsregierung aufgemauert worden seien.

Etatsfestsetzung und ordnungsmäßige Verabschiedung.

Zwischen war ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen, dem der Stadtverordnete Ballmann widersprach. Der Antrag wurde angenommen.

Der Antrag der nationalsozialistischen Fraktion, der die Stadtverordnetenversammlung aufforderte, den von ihr in der Sitzung vom 22. Mai gefassten Beschluß, wonach ein Antrag, der eine Finanzvorlage betrifft, nur unter gleichzeitiger Einbringung eines vom Stadtschulsausschuss anerkannten Deckungsvorschlages eingebracht werden kann, aufgehoben werden soll, wurde dem Akkord überwiegen und die sozialdemokratischen Anträge en bloc verabschiedet. Ebenso wurden die Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses unter Berücksichtigung der sozialdemokratischen Änderungsanträge mit den Stimmen der bürgerlichen Fraktionen und der Sozialdemokratie en bloc angenommen.

Danach ist folgendes Gesamtergebnis festzustellen: Das Etatsdefizit beträgt nach dem vorliegenden Entwurf des Haushalts 5 482 000 Mark. Daraus 800 000 Mark, die nach dem Bericht der Ministerialvertreter abzuziehen sind. Außerdem treten hinzu: durch Nichteinführung der erhöhten Friedhofgebühren 40 000 Mark, demnach insgesamt 6 222 000 Mark.

Hieron sind abzusehen, Staatsverbesserungen 3 702 000 Mark, Ertrag der Anleihe mit 2,1 Millionen, veranschlagte Bürgersteuer, zusätzlich 370 000 Mark, Kanalabgabengebühr ab 1. Oktober im Höchstbetrag von 150 000 Mark, insgesamt 6 322 000 Mark.

Auf der Einnahmen- und Ausgaben Seite sind die sich hieraus ergebenden Änderungen vorzunehmen.

Damit ist der Etat ausgeglichen.

Auf der Tribüne wurden nach der Abstimmung verschiedene Zwischenrufe laut. Stadtschulsausschuss Freisenius forderte die Zwischenrufer auf, die Tribüne zu verlassen und drohte mit Strafantrag. Er stellte darauf die Balancierung des ordentlichen Etats in Einnahmen und Ausgaben mit 52 022 870 Mark fest, des außerordentlichen Etats mit 4 163 170 Mark.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte dieser Feststellung zu.

In einer Erklärung polemisierte der kommunistische Stadtv. Ballmann gegen die Art der Staatsberatungen und das ganze heutige System. Stadtv. Sabicht kam auf eine Anfrage des Stadtv. Freisenius an den Oberbürgermeister zurück, in der dieser um die Mitteilung gebeten wurde, ob er die Beibehaltung der Wohlfahrtsämter nach den letzten Beschlüssen für möglich hält. Stadtv. Sabicht verweigerte nochmals sofortige Antwort auf diese Frage, die aber nicht erfolgte.

Stadtschulsausschuss Freisenius machte die Feststellung, daß der Etat nunmehr ordnungsgemäß verabschiedet worden sei.

Ein kommunistischer Dringlichkeitsantrag, der den Magistrat bittet, mit der Regierung über die Verpachtung des Geländes des Dohleimer Exerzierplatzes an landwarme Kleinbauern zu verhandeln, wurde angenommen.

Schluß der Sitzung um 6¼ Uhr

Die Stellungnahme des Magistrats.

Die Städtische Pressestelle teilt mit, daß der Magistrat zu den Beschlüssen, die die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 23. Juni 1931 zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931 gefaßt hat, in einer besonderen Sitzung am Mittwoch, den 1. Juli 1931, Stellung nehmen wird.

Wiesbadener Nachrichten.

Der Beginn der Kindertransporte.

Ohne Sorgen in die Ferien.

Die Vorbereitungen für die Hin- und Rückreise und den Aufenthalt der zur Erholung reisenden Kinder sind von der Reichsbahn und den anderen dafür verantwortlichen Stellen an Hand langjähriger Erfahrungen so getroffen, daß die Eltern ihre Kinder ohne Sorgen der Entsendestelle übergeben können. Die Reichszentrale für Stadtkinder in Berlin hat ein eigenes Merkblatt über die Pflichten der Entsendestellen und der Begleitpersonen während der Reise aufgestellt und an sie verteilt lassen.

Als Begleiter sollen nur Personen ausgewählt werden, die Vorbildung und Erfahrung im Umgang mit Kindergruppen haben und über Umsicht und Energie verfügen. Für größere Kindergruppen, namentlich für Sammeltransporte, wird die Bestellung besonderer Transportführer für notwendig erachtet. Bei jedem Transport soll mindestens eine Begleitperson in der Lage sein, erste Hilfe bei Krankheitsercheinungen und Unfällen zu leisten. Mitzuführen ist eine Reiseapotheke. Die Entsendestelle muß der Begleitperson eine namentliche Liste der mitreisenden Kinder übergeben. Führer und Begleitpersonen sind mit Ausweisen und Urkunden zu versehen.

Den Kindern ist während der Reise besonders bei der Beförderung und Unterbringung des Gepäcks jegliche Hilfe zu leisten. Vor Abfahrt des Zuges, auch nach Zwischenhalten, haben sämtliche Begleitpersonen festzustellen, daß die Türen und Fenster richtig verschlossen sind. Ihre Plätze müssen möglichst so verteilt sein, daß von ihnen alle Abteile und Wagentüren übersehen werden können. Die Kinder dürfen niemals sich selbst überlassen bleiben. Die Kinder sollen während der Fahrt nur zu bestimmten Tagesstunden essen. Beim Verpflegen auf größeren Haltestellen sollen die Kinder nach Möglichkeit nicht aussteigen. Das Verlassen des Wagens ohne Anordnung des Transportführers oder der Begleitperson ist zu verhindern. Die Begleitpersonen dürfen den Transport nicht verlassen, bevor die Kinder von einem Beauftragten der Aufnahmestelle oder bei der Rückkehr von ihren Angehörigen übernommen sind.

75 Jahre Verschönerungs-Verein.

25 Jahre Schlaferskopfturm.

Im Jahre 1906 erbaute der rührige Verschönerungs-Verein mit Unterstützung der weitesten Bevölkerungsteile Wiesbadens den bekannten Aussichtsturm (Kaiser-Wilhelm-Turm) und die Gebäude auf dem Schlaferskopf. Im Jubeljahr des 75jährigen Bestehens des VVV. können auch der Aussichtsturm und die Bewirtschaftung auf dem Schlaferskopf auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken.

Herr Dr. phil. Curt Hoffmann, der derzeitige 1. Vorsitzende des VVV., hat es sich nicht nehmen lassen, Vorstand und Beirat auf die lustige Höhe des Schlaferskopfes einzuladen, um dort mit seinen rührigen Mitarbeitern in kleinem Kreise die Feier des 25jährigen Turm-Bestehens zu begehen. Er gedachte in einer launigen Rede der vielen Arbeit, welche der VVV. durch die Errichtung von Turm und Bewirtschaftung auf dem Schlaferskopf im Interesse der Allgemeinheit geleistet hat und feierte die Wirksamkeit des Ehepaars Tischler, vor allen Dingen die Turmwirtin, Frau Tischler, geb. Frohn, die seit Bestehen, ein Vierteljahrhundert, die Bewirtschaftung ununterbrochen verwaltet. Die offizielle Jubiläumsfeier des VVV. soll in einer den ersten Zeitverhältnissen entsprechenden Weise am Samstag, den 4. Juli, abends im Neroberg-Hotel begangen werden.

Wiesbadener Bevölkerungsstatistik.

Bevölkerungsbewegung in der Stadt Wiesbaden im Monat Mai 1931. (Mitgeteilt vom Statistischen Amt der Stadt):

Die fortgeschriebene Bevölkerungszahl der Stadt Wiesbaden betrug am 31. Mai 1931 153 214; 67 571 männliche und 85 643 weibliche Personen.

Die Zahl der Eheschließungen belief sich auf 157. Im Berichtsmontat wurden in der Stadt Wiesbaden 158 Kinder lebend geboren. Hieron waren 76 männlich (65 ehelich und 11 unehelich) und 82 weiblich (76 ehelich und 6 unehelich).

Gestorben sind im Berichtsmontat zusammen 134 Personen und zwar 63 männlich und 71 weiblich Geschlechts. Unter den 134 Gestorbenen waren 8 Ortskinder. Von den Todesursachen sind zu nennen: Herkrankheiten mit 24, Krebs mit 19, Gehirnschlag mit 13, Lungenentzündung mit 9, Tuberkulose mit 5 Fällen 10 Todesfälle wurden durch gewalttätige Einwirkungen verursacht und zwar 4 durch Selbstmord und 6 durch Unfälle.

Die Zahl der im Berichtsmontat von auswärts zugezogenen Personen betrug 1086, fortgezogen sind in der gleichen Zeit 1075 Personen.

Der Gärtnerei-Ausschuss der Landwirtschaftskammer Wiesbaden hielt hier eine Sitzung unter dem Vorsitz des Gärtnereibekkers Scondo (Frankfurt a. M.-Oberab) ab. Die Kammer war vertreten durch den stellvertretenden Kammerdirektor Dr. Eisinger und die Gartenbaudirektoren Kers (Wiesbaden) und Lange (Frankfurt a. M.). Folgende Beschlüsse von allgemeinem Interesse wurden gefaßt. Nach dem Bericht über die Lehrlingsprüfung in der Zeit vom 1. Januar 1930 bis 1. April 1931 haben sich im Kammerbezirk 290 Lehrlinge der Gehilfenprüfung unterzogen. Der Ausschuss gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß sich der Grad der Bildung gegenüber den in den ersten Jahren durchgeführten Prüfungen wesentlich gehoben hat. Gartenbaudirektor Lange referierte sodann über die Einführung von Vorprüfungen im Gartenbau. In den Lehrlingsvertragsordnungen soll folgender Vermerk angebracht werden: Auf Antrag des Lehrherrn oder der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters des Lehrlings kann bis zum Ablauf einer zweimonatlichen Frist eine Vorprüfung auf die Geeignetheit des Lehrlings bei der Landwirtschaftskammer beantragt werden. Der Ausfall der Prüfung gibt die Grundlage für die eventuelle Aufhebung des Vertragsverhältnisses. Über das Handelskassengesetz berichtete weiter Gartenbaudirektor Lange. Nach längerer

Aussprache, in der einerseits zum Ausdruck kam, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes mit Rücksicht auf die noch zu wenig vorgeschrittene Standardisierung zu früh ist, während andererseits die Gefahr besteht, daß uns das Ausland mit Einheitswaren zuvorkommt, beschloß der Ausschuss, an die in Frage kommenden Verbände ein Rundschreiben zu richten, das über die mit dem Gesetz verfolgten Ziele Aufklärung gibt.

Deutscher Kellner-Verband, E. V. Die konstituierende Versammlung der Bezirksgruppe Südwestdeutschland im DRV. fand am 20. 6. 31 im hiesigen Kurhaus statt. Anwesend waren die Vertreter der verschiedenen zur Bezirksgruppe Südwestdeutschland gehörenden Ortsgruppen bzw. Arbeitsgemeinschaften und der 1. Vorsitzende des DRV., Herr Otto Ernst Sutter. Herr Heuseroth, der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe Wiesbaden-Main, übernahm die Leitung der Versammlung. Nachdem die genaue Bezirkseinteilung noch einmal verlesen worden war, sprach Herr Otto Ernst Sutter in großen Zügen über die Entwicklung und Organisation des DRV. Besonders eingehend behandelte er die Frage der praktischen Durchführung der Fachgruppenbildung. Daran anschließend wurde zum neuen Vorsitzenden der Bezirksgruppe Herr Direktor Müller (Saarbrücken) einstimmig gewählt. Nach Erledigung der Fachgruppenfrage innerhalb des Bezirks und der verschiedenen Ortsgruppen nahm Herr Heuseroth noch einmal das Wort, um den verschiedenen Delegierten für ihre Mitarbeit zu danken und den offiziellen Teil der Versammlung zu schließen.

Wiedersehensfeier alter Her. Im „Kettlerhof“ in Mainz trafen sich die im mittleren Rheingebiet ansässigen Angehörigen des ehemaligen Infanterie-Regiments von Bode (Komm.) Nr. 21. Da das Regiment viel Ersatz aus dem Bereich des 18. Armeekorps bekommen hat, so wohnen in der Umgebung von Wiesbaden und Mainz verhältnismäßig viel alte Her, von denen die meisten zum Festtag erschienen waren. Der erste Vorsitzende des Gauverbandes „Mittelrhein“ des genannten Regiments, Kamerad Dr. Manns, konnte in seiner Begrüßungsrede eine große Anzahl von Gästen begrüßen, so Vertreter des Regiments 129, des Hanauer Infanterie-Regiments Nr. 6 und des Infanterie-Regiments Nr. 8. Das Regiment stand 1815—1818 als preussisches Garnison-Regiment in der damaligen deutschen Bundesfestung Mainz. Das aktive Regiment allein hat im Weltkrieg einen Verlust von 123 Offizieren und 3031 Mannschaften an Toten zu beklagen. Der Höhepunkt der Veranstaltung bildete der Lichtbildervortrag des Generals Freiherrn von Hammerstein über die Eroberung von Tula, bei der General Freiherr von Hammerstein das 1. Bataillon 21 führte. Der Kampf um Tula, führten zur Gefangennahme von 20 000 Rumänen. General von Hammerstein war im Jahre 1918 an der arabischen Front Befehlshaber einer deutschen Truppe, die von dem englischen Oberst Lawrence in seinem bekannten Buch ein hohes Lob erhält. Im Anschluß an den Vortrag von General von Hammerstein wurden vorzügliche Lichtbilder vom Kriegserleben des aktiven und nachher von Kamerad Schneider auch des Landwehr-Regiments Nr. 21 gezeigt.

Kein Sommeraspiel im „Kleinen Haus“. Die Städtische Pressestelle teilt mit: Mit der Intendantur des Staatstheaters haben eingehende Verhandlungen stattgefunden, um auch in diesem Jahre ein Sommeraspiel im „Kleinen Haus“ durchzuführen. Da sich aber ergeben hat, daß seitens der Stadt ein unverhältnismäßig hoher Zuschuß erforderlich ist, um das Gastspiel sicherzustellen, hat der Magistrat zu seinem Bedauern von der Durchführung des Gastspiels Abstand nehmen müssen. Es sind jedoch Vorbereitungen getroffen, daß während der theaterfreien Zeit ein Ersatz durch besondere Veranstaltungen der Kurverwaltung geschaffen wird.

Strassenperrung. Die Städtische Pressestelle teilt mit, daß am Freitag, den 26. d. M., in der Zeit von 5 bis 18 Uhr der Bahnübergang an der Wiesbadener Straße in Wiesbaden-Schierstein für jeglichen Fahrverkehr gesperrt ist. Die Omnibusse der Linie 15 nach Wiesbaden-Schierstein können daher während dieser Zeit nur bis zu dem Bahnübergang fahren. An dem genannten Tage fahren die Wagen der Linie 25 sämtlich über Dohleim nach Frauenstein.

Kündigung der Wohnung, wenn der Wirt sie will. Dem Kündigungs schreiben zum Zwecke der Wohnungsraummung kann jezt nach einer Verordnung des Reichsministers der Justiz und des Reichsarbeitsministers ein Merkblatt beigelegt werden. Darin wird dem Inhaber der Wohnung gesagt, daß neben den sonstigen Raumungsgründen der Wirt oder Vermieter jezt auch deshalb kündigen kann, weil er die Wohnung selber beziehen will. Diese Befristung tritt in Kraft auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930. Voraussetzung ist aber, daß dem Wirt das Grundstück schon seit mindestens 3 Jahren gehört und er noch keine Wohnung im eigenen Hause hat. Er hat aber keinen Anspruch darauf, wenn er in einem anderen ihm gehörigen Hause bereits Zimmer bewohnt. Der Angehörige eines fremden Staates hat hierzu nur das Recht, wenn in diesem Staat Deutschen das Gleiche gewährt wird. Verlangt der Wohnungsinhaber Zustimmung eines Vorgesetzten, wenn der Vermieter die Wohnung haben will, so erliszt der Anspruch, sofern der Wirt von dem Vorgesetzten absieht. Werden die Räume in einer bestimmten Frist nicht bezogen, so kann der Mieter den Ersatz der entstandenen Kosten verlangen. Mit-eigentümer haben keinen Anspruch auf eigene Wohnung, wenn der eine von ihnen bereits Räume in dem Hause inne hat.

Wie komme ich ins Altersheim? Das ist die Frage vieler alter Leute, die nach dem Verlust von Angehörigen alleinstehen und für ihre von Einsamkeit und Siedum bedrohten letzten Lebensjahre nach einem Heim verlangen, das sie betreut und in dem sie Gesellschaft finden. Die Altersfürsorge der freien Wohlfahrtspflege sieht darin eine ihrer in der letzten Zeit mehr und mehr in Anspruch genommenen Aufgaben. Allein unter den 4042 Anstalten der Inneren Mission gibt es 940 Altersheime und Siedenhäuser mit etwa 29 000 Betten. In einigen Gegenden Deutschlands reichen die bestehenden Altersheime schon nicht mehr aus. Bezeichnend für die anhaltende Nachfrage ist, daß in den letzten fünf Jahren über 75 neue Altersheime von der Inneren Mission geschaffen und voll belegt wurden. Um für den Ausbau der Alters- und Siedenzentren eine beratende Zentralstelle zu haben, ist beim Zentral-Ausschuss für Innere Mission in Berlin-Dahlem eine Reichskonferenz für evangelische Alters- und Siedenzentren gegründet worden, die besonders auch der Beratung und Fürsorge für die Alten selbst dient. Wer einen Platz in einem Altersheim findet und wissen will, welche Voraussetzungen für den Einfluß in einem Heim oder für die Vermittlung behördlicher Unterstützungen dabei nötig sind, findet bei der Reichskonferenz die beste und zuverlässigste Auskunft.

Vorsicht, Wechselwässer. In letzter Zeit tritt hier ein Mann auf, der gefälschte Wechsel für gefälschte Waren in Zahlung gibt. Es wurden bis jezt mehrere Leute erheblich geschädigt. Der Mann wird wie folgt be-

Einweihung der Rudolf-Dieg-Hütte.

Der „letzte Deutsche.“

Es war einmal.

Ein jüdamerikanisches Scheddichwindlerkonjortium.

Das mißglückte Frankfurter Gastspiel.

Jagd auf Eisenbahnräuber.

Der Blick schlägt in einen Frankfurter Kirchturm.

Tödlicher Motorradunfall.

Kronfurter Chronik.

Deutschland <u>1729</u> MILL. MK. 	AMERIKA U.S.A. der Weltgläubiger stundet 1027 MILL. MK. 	Frankreich <u>479</u> MILL. MK. 
Italien <u>42</u> MILL. MK. 		Belgien <u>27</u> MILL. MK. 
Rumänien <u>10</u> MILL. MK. 		England <u>675</u> MILL. MK. 

Die Auswirkungen des Moratoriums.

Polizei in Anspruch. Nun forcht diese nach den Einbrechern. — Als die 73jährige Rentenempfängerin Elisabeth Jäger in ihrer Küche im Sandweg einen argen Topf mit aergstochter Wäsche vom Herd heben wollte, rutschte sie aus. Die heiße Wäschebrühe ergoß sich dabei über die alte Frau und fügte ihr dabei so schwere Brandwunden zu, daß sie nunmehr im Heilgeisthospital verstarb. — Der praktische Arzt Alfred H. r. i. k., Karstraße, erkrankte Montagabend nach dem Genuß von frischer Wurst. Er wurde dem Krankenhaus zugeführt, wo dann eine schwere Wurstvergiftung festgestellt wurde, an deren Folgen der junge Arzt am Dienstagabend starb. Die polizeistlichen Untersuchungen sind im Gange.

„Der Schulmeister von Bahnstein.“

Ein Heimatspiel aus der Zeit des Freiherrn vom Stein.

!! Schlangenbad, 23. Juni. In der Samstagnacht wurde eine Diebin entlarvt, die schon drei Jahre lang in der Filiale eines Obst- und Gemüsehändlers eingebrochen und Lebensmittel gestohlen hatte.

Fe. Aus dm Taunus, 23. Juni. In den Wäldungen verspricht die gewürzreiche, wohlsmekende Walderdbeere eine gute Ernte. Die Himbeersträucher stehen in voller Blüte, deren Verlust sich bis jetzt gütigst gestaltet hat, auch die Heidelbeeren sind durch die Blüte gut durchgekommen, so daß auch hier mit einer guten Ernte gerechnet werden kann.

= Idstein i. L., 23. Juni. Die älteste Idsteinerin, Frau Kanzleirat Metz, Wwe., feierte heute ihren 99. Geburtstag.

m. Wadernheim bei Mainz, 23. Juni. In einer Straßenkreuzung stieß der Motorradfahrer Becker aus Wadernheim gegen einen Lastwagen und wurde in hohem Bogen von seiner Maschine geschleudert. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und mußte ins Städt. Krankenhaus nach Mainz geschafft werden. Dort ist er kurz nach seiner Einlieferung gestorben.

m. Mainz-Kastellheim, 28. Juni. An der Umbaustelle der Kastelheimer Schleuse wurde ein Arbeiter von einer herabstürzenden eisernen Spundbohle erschlagen. Die Bohle wurde beim Drehen des Dampftranks von einem eisernen Haken erfaßt und von dem Stapel geschleift. Beim Herabstürzen fiel sie dem Arbeiter auf den Kopf und tötete ihn auf der Stelle. — Beim Baden im Rhein erkrankt der ledige Arbeiter Kaspar Hübner. Hübner hat wahrscheinlich einen Herzschlag erlitten. Seine Leiche konnte noch nicht gehoben werden.

m. Deltzich i. Rda., 23. Juni. Der älteste Veteran von hier, Nikolaus Reujahr, feierte seinen 89. Geburtstag. Der Jubilar ist Veteran von 1866 und 1870/71 und besitzt die Raskauische Medaille 1866 und die Kriegsehrenmünze 1870/71.

!! Rüdesheim i. Rh., 23. Juni. Zum Reichsbahnarzt wurde Herr Dr. Mertens, hier, von der Reichsbahndirektion Mainz ernannt.

!! Vorh. a. Nh., 23. Juni. Unbekannte Täter stiegen vergangene Nacht in die Geschäftsräume der Mühle Kaufmann hier ein, indem sie den Fensterladen aufbrachen und die Scheibe eindrückten. Sie öffneten sämtliche Schränke und Schubladen, teilweise unter Anwendung von Gewalt, und durchwühlten deren Inhalt, nahmen aber außer einer Anzahl Briefmarken im Werte von etwa 20 M. sonst nichts mit. Offenbar hatten es die Einbrecher auf Geld abgesehen, das ihnen aber nicht in die Hände fiel. Auch der Kassenschrank hielt dem Veruche, ihn aufzubrechen, stand.

= Osthofen, 24. Juni. Zwei Kinder hatten nach dem Genuß von Rirschen Wasser getrunken. Es stellten sich heftige Schmerzen ein und beide Kinder starben bald darauf.

Ein drittes Kind erlitt beim Selbsthpfen eine Darmver-
schlingung, an deren Folgen es starb.

— Rhens a. Rh., 23. Juni. Auf der abschüssigen Straße zwischen Waldeck und Rhens erlitt ein Personennomnibus der Linie Waldeck—Rhens—Koblenz einen Bremsenbruch und kam auf eine hohe Geschwindigkeit. Als der Führer den Omnibus in einen Feldweg lenken wollte, schlug er um. Zwei Insassen wurden erheblich verletzt dem Krankenhaus zugeführt. Die anderen acht Insassen erlitten leichtere Verletzungen und konnten nach Anlegen von Rotverbänden ihre Wohnungen aufsuchen. Der Omnibus wurde schwer beschädigt.

= Bad Ems, 28. Juni. Der Emser Polizei ist es in Gemeinschaft mit Zollschendungsbeamten gelungen, einen Zigarettenhummel aufzufinden. 9000 unversteuerte, ausländische Zigaretten wurden gelegentlich einer Hausdurchsuchung bei einem hiesigen Gewerbetreibenden gefunden und beschlagnahmt. Der Täter, ein auswärtiger junger Mann, ist in Haft genommen worden.

= Gelnhausen, 23. Juni. Kurz nach Vollendung seines 70. Lebensjahres starb in Steinau Rektor i. R. Georg Masdfeld. Der Verstorbene war weit über die Grenzen seiner engeren Heimat hinaus bekannt durch seine schriftstellerische Tätigkeit auf dem Gebiete der Heimatforschung und der Pädagogik. Seine überaus zahlreichen Schriften und Abhandlungen fanden selbst in der Gelehrtenwelt Beachtung; er war Schrittmacher auf wichtigen schulpädagogischen Gebieten. Mit ihm verliert nicht nur seine Heimat einen Menschen von seltener geistiger Schaffenskraft und großer Heimatliebe.

= Kassel, 23. Juni. Bei einer Sonnenwendfeier in Quenteln sprangen zahlreiche Teilnehmer, wie üblich, durch die Flammen des entzündeten Holzstoßes. Bei einem solchen Feuerprung stießen zwei junge Leute gegeneinander und fielen in die Glut. Mit schweren Brandwunden konnten die beiden jungen Leute geborgen und dem Landeskrankenhaus zugeführt werden.

Wetterbericht.



Über dem Kontinent hat sich eine west-östwärts streichende Tiefdruckrinne ausgebildet, in die von Norden her kühleren und von Süden her feuchtwarme Luftmassen eindringen. Hierdurch wird die Ausbildung gewittiger Störungen begünstigt, die zunehmende Verbreitung annehmen und sich auch in unierem Besitz geltend machen werden.

Witterungsaussichten bis Donnerstagabend:
Kühl, meist stark bewölkt mit Regen.

Die heutige Ausgabe umfaßt 16 Seiten
und „Das Unterhaltungsblatt“

Verantwortlich für Politik und Handel: H. Kefauver; für Innerpolitik, Nachrichten und den übrigen Schriftteil: E. Günther; für die Anzeigen und Reklamen: H. Dornow, sämtlich in Wiesbaden.
Satz und Verlag des E. Schallenberg'schen Hofbuchdruckers in Wiesbaden.

Emil Hees Gr. Bargsstraße 16
Tel. 59331

Cervelatwurst in Fettdarm, ¼ Pfd. -.50
Cervelatwurst in Rindsdarm, ¼ Pfd. -.50
Plockwurst ¼ Pfd. -.40

vorzügl. Qualitäten aus meiner Aufschnitt-Abteilung

Gedub-Anftandjektung Bill u. gut. Sol. Handarb.
Herr. Sohlen 2.50. Fied 1.20
Bleichstr. 1. Dam. Sohlen 1.70. Fied 0.70

WECK Einkochapparate
verzinkt, kompl. 7.50
Saftgewinner . . . 8.80
1908 Gläser bedeutend billiger.
L. D. Jung, Kirchgasse 47
Alleinverkauf Telefon 27213

Zurück.
Dr. A. Müller
Adelheidstr. 40

Ohne Diät
bin ich in kurzer Zeit
20 Pfund leichter
geworden durch ein einf.
Mittel, welches ich jedem
gern tollent. mitteile. Frau
Maria Maht. Bremen 5 B.

Dachpappe
und Teerprodukte
in jeder Menge und
billigstem Preis.
Emil Vathauer
Blücherstraße 34
Tel. 24312

Zum Lackieren Ihrer Möbel, Fußböden, Garten-Möbel
sowie allen sonstigen Gegenständen schreiben Sie Ihrem Malermeister die
neuen, soda- und säurebeständigen

Temperol-Vier-Stunden-Lacke

vor. Dieselben zeichnen sich durch größte Unempfindlichkeit gegen
chemische Einwirkungen aller Art aus. Temperol-Vier-Stunden-Lacke
sind sodafeste, säure-, spiritus-, mineralöl-, ammoniak- und desinfek-
tionsmittelbeständige Qualitätslacke. Sie vereinigen prachtvollen Hoch-
glanz mit größter Dauerhaftigkeit. **AUGUST RÖRIG & CO., Lack-,**
Farben- u. Kittfabrik, Wiesbaden, Marktstr. 6, Tel. 22500. Gegr. 1895.

Statt Karten.

Erika Eichelsheim
Ernst Streib

Verlobte

Wiesbaden, den 25. Juni 1931.

Bahnhofstraße 8

Emser Straße 39.

Die glückliche Geburt eines gesunden
Jungen

zeigen hoch erfreut an

Adolf Ullmann u. Frau
Johanna, geb. Löb

Wiesbaden, den 23. Juni 1931
Kirchgasse 21, z. Z. Rotes Kreuz.

Zahn-Praxis Paul Augustat
Ecke Moritzstr. und Adelheidstr. 34

Langjährige Fachtätigkeit in in- und Auslande bei
nur ersten Autoritäten 20 Jahre in eigener Praxis
Plombierungen inschonendster Behandlung
Moderner künstlicher Zahnersatz in höch-
ster künstlerischer Vollendung unter voller
gesetzlicher Garantie.

20 kar. Goldkronen RM. 20.—
Porzellanplomben RM. 4.—
Platingoldamalplomben RM. 3.—
Künstliche Zähne von RM. 2.— an
Spezialität: Stahlgebisse.
Konsultationen u. Kostenanschläge gratis.
Durchgehend geöffnet!

Gartenschirme • Liegestühle
bei **Heerlein, Goldgasse 16**

Todesfälle in Wiesbaden.

Dorothea Döpfer, ohne Beruf, 76 Jahre, Schier-
heimer Straße 6, † 21. 6.
Luisa Weigel, geb. Brennemann, Wwe., 32 Jahre,
Bismarckring 44, † 21. 6.
Großer, geb. Höhn, Ehefrau des Abteilungs-
vorstehers Karl G., Klopstockstr. 24, † 21. 6.
Wag Gede, Privatier, 72 Jahre, Zahnstraße 12,
† 22. 6.
Franz Biforin, Küfer, 54 Jahre, Walramstr. 23,
† 22. 6.

Todesfälle in W. Biebrich.

Georg Luz, Stellwerkmeister i. R., 79 Jahre,
Rathausstraße 90, † 20. 6.
Friedrich Kraus, Tapezierermeister, 77 Jahre,
Rathausstraße 87, † 20. 6.
Elisabeth Geiger, Witwe, 72 Jahre, Wiesbadener
Straße 41, † 20. 6.
Emilie Rodler, ohne Beruf, 76 Jahre, Dohheimer
Straße 15, † 22. 6.
Georg Knauer, Reichsbahnkassierer i. R., 58 Jahre,
Dyckerhoffstraße 6, † 23. 6.

Nachruf.

Am 23. 6. verschied plötzlich und unerwartet unser Bierfahrer

Herr Heinrich Herzer

im Alter von 54 Jahren.

Mit einer seltenen Treue und Anhänglichkeit hat der Verstorbene
33 Jahre hindurch seine Dienste unserem Unternehmen gewidmet
und an der Entwicklung unserer Firma durch unermüdete treue
Arbeit einen Anteil genommen, der über den Rahmen seines engeren
Pflichtenkreises hinausging. Wir verlieren in ihm einen unserer
fleissigsten, treuesten und zuverlässigsten Mitarbeiter.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Wiesbaden, den 24. Juni 1931.

Brauerei Felsenkeller
Hans Küffner G. m. b. H.

NB. Die Beerdigung findet am Donnerstag, 5 Uhr in Bierstadt vom
Trauerhaus, Erbenheimer Straße 10, aus statt.

Kein Harten!
Reibe ein und
wische!



Perwachs
hauchdünn auf-
tragen und sofort
nachpolieren.

Perwachs
ist äußerst ausgiebig
und sparsam im
Gebrauch.

ALLEINIGE HERSTELLER: THOMPSON-WERKE G.M.B.H., DÜSSELDORF
Zu haben in allen hiesigen einschlägigen Geschäften.

Kalasiris
Letzte 6 Räumungstage
Alles enorm billig!
Am Römerfor 2 Ecke Langg.

Tisch- u. Wand-
Ventilatoren
in allen Größen, weit unt.
Preis zu verkaufen
H. Krämer & S. Münch.
Weidenstr. 20.

Gasherde
aller Systeme
Jacob Post Hochstätten-
straße 2.
altrenommiertes Fachgeschäft.

Heute entschlief sanft nach langem schwerem Leiden,
wohlversehen mit den heiligen Sterbesakramenten meine
innigstgeliebte Mutter, unsere gute Tante

Frau Marie Birck, Wwe.

geb. Reitz
im fast vollendeten 76. Lebensjahr.

In tiefstem Schmerz:
Elisabeth Birck.

Wiesbaden (Adelheidstr. 45), den 22. Juni 1931.

Die Beerdigung findet am 25. Juni, 3 Uhr nachmittags auf
dem Südfriedhof statt, das Seelenamt ist am gleichen Tage morgens
um 6¼ Uhr in der Bonifatiuskirche.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß
am 23. Juni, vormittags 6½ Uhr meine innigstgeliebte Frau

Helene Entleutner

geb. Bongartz
im 48. Lebensjahr nach längerem Leiden verschieden ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Hans Entleutner.

Wiesbaden, den 23. Juni 1931.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 3 Uhr auf
dem Südfriedhof in aller Stille statt.

Aus den Berichtssälen.

Das Urteil im Prozeß Cassel.

Monate Gefängnis für Cassel, 500 M. Geldstrafe für Boettner.

In der Nachmittagsverhandlung hatte der Angeklagte Cassel in weitgehendem Maße Gelegenheit, seine Ansicht über die in den zum Gegenstand der Verhandlung gemachten Urteilen angeführten Mängel in der Wiesbadener Stadtverwaltung klar zu stellen. Seine Ausführungen konnten keineswegs den Beweis erbringen, daß beim Magistrat bzw. bei Bürgermeister Schulte irgendwelche Verfehlungen staatsrechtlicher oder sogar strafrechtlicher Natur vorzuliegen. Cassels Ausführungen waren rein theoretische, ihm fehlen völlig die Kenntnisse der Staatspraxis, die er sich auch gar nicht zu eigen machen konnte, da ihm die wichtigsten Faktoren einer Staatsprüfung, nämlich die Bücher, aus denen sich jeder einzelne Staatsposten entnehmen ließe, nicht zugänglich waren. Er stützte seine Behauptungen auf Kombinationen, die er aus den Haushaltsrechnungen konstruiert hat. Rückschlüsse, die auf Grund dieser Rechnungsart vorgenommen werden, bergen immer die Gefahr großer Fehlerquellen in sich, der Cassel trotz eifrigsten Studiums der Materie nun einmal infolge des ihm nicht verfügbaren, bis ins einzelne detaillierten Buchungsmaterials nicht begegnen konnte. Die Vernehmung des Zeugen, Stadtkämmerer Seipel, von der Kammerer ergab nichts, daß Geheimbücher irgendwelcher Art in der Wiesbadener Stadtverwaltung nicht geführt werden. Auch die Aussagen des Sachverständigen, Magistratsrat Dr. J. J. J. auf den Sachverständigen Bürgmann wurde von allen Seiten verurteilt, widerlegten eindeutig die von Cassel aufgestellten Behauptungen.

Von Millionenbeträgen, die nach Cassels Behauptungen verschwunden sein sollen, kann überhaupt keine Rede sein.

Die Verteidigung hatte noch eine ganze Reihe von Fragen und Sachverständigen bestellt, deren Vernehmung als unwesentlich vom Gericht abgelehnt wurde. Cassel trat aber in seiner Polemik gegen das „System Schulte“ über den Rahmen einer sachlichen Kritik hinaus, indem er dem gesamten Magistrat, insbesondere dem Kammerer Schulte Unehrlichkeiten unterstellte, die in keiner Weise festgestellt werden konnten. Die gesamte Stadtverwaltung wurde durch diese Artikel in den Augen der Bevölkerung herabgesetzt und beleidigt. Der Vertreter der Anklagebehörde, Staatsanwaltschaftsrat Gothe, beantragte daher die Umwandlung der erstinstanzlichen Geldstrafe von 100 M. in eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten und die Erhöhung der Geldstrafe Boettners von 200 auf 500 Mark. Nach den Urteilen schloß der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Feder, der feststellte, daß der Angeklagte keinen Wahrheitsbeweis schuldig geblieben ist, sich an die längeren Plädoyers der Verteidiger, Rechtsanwalt Stiehl, der noch einmal bis ins einzelne versucht, die beantragten Cassels zu rechtfertigen und längere Ausführungen des Angeklagten Cassel selbst, fällt das Gericht am 11. künftigen Sitzung folgendes Urteil:

Wegen öffentlicher Beleidigung des Wiesbadener Magistrats und Bürgermeisters Schulte wird Cassel zu vier Monaten Gefängnis und Boettner zu einer Geldstrafe von 500 M. verurteilt.

Unter wird dem Nebenkläger die Publikation in der Wiesbadener Tageszeitungen zuerkannt. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß die Angeklagten mit den Artikeln bezwecken wollten, den Bürgermeister möglichst zu machen. Die in denselben aufgestellten Behauptungen stützen sich keineswegs auf Tatsachen und schließen daher den Tatbestand der Beleidigung ein.

Der Heidelberger Wohnungsbau-Prozeß.

Heidelberg, 23. Juni. Am heutigen vierten Verhandlungstag des Prozesses gegen die Heidelberger Wohnungsbau-G. m. b. H. wurde mit der Zeugenvernehmung fortgefahren und u. a. Ministerialrat a. D., Architekt Ritter Rudolf von Perignou aus München gehört, der die Leitung des Ludwigshafener Krankenhausneubaus hatte. Er sagte u. a., er habe dem Angeklagten Müller 400 000 M. gegeben. Auf die Frage des Vorsitzenden, wofür dies gegeben sei, laut der Zeuge, daß er es nicht genau wisse. Müller habe von großen Bauprojekten gesprochen, wofür er ihm erst 100 000 und später noch einmal 300 000 M. gegeben habe.

Zeuge Architekt Ohmer-Ludwigshafen, der Bauleiter des Krankenhausneubaus hat die ganze Abrechnung im September 1930 nachgeprüft. An der Baufumme hätten noch 800 000 M. gefehlt, die im Vergleichsweg zu 50 Proz. bezahlt wurden.

In der Nachmittagsitzung wurde in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Rechtsanwalt Friedrich Spitz-Heidelberg, der früher mit Ludwig Müller und einem Dr. Wellbrod zusammen die Praxis betrieb, schilderte Müller als liebenswürdigen, gewandten und kenntnisreichen Kollegen, der sehr optimistisch veranlagt gewesen sei. Der Liquidator Georg Köhler konnte ein Vermögen der Wohnungsbau-Gesellschaft nicht feststellen. Nach seiner Ansicht hat ohne Zweifel eine große Schamerei bestanden, deren Abgeschlossenheit aber zweifelhaft sei. Ludwig Müller habe sehr genaue Aufschlüsse gegeben. Nach dem Gutachten des Buchhändlerverständigen Traub ist für Ende 1928 zwar ein Verlust von 197 000 Mark errechnet, doch nimmt das Gericht einschließlich Staatsanwaltschaft zugunsten der Angeklagten an, daß sie mit Provisionen rechnen durften, die aktiviert werden konnten, jedoch für 1928 eine Überschuldung als nicht gegeben angesehen wird. In der Bilanz für Ende 1929 bleibt eine effektive Überschuldung von 23 000 M. bestehen. Der Vorsitzende gab am Schluß der Verhandlung dem Sachverständigen wiederum ausführliche Anweisungen, welche Aufstellungen er machen soll, um endlich ein klares Bild zu gewinnen. Die Verhandlung nimmt am Mittwoch ihren Fortgang.

Meineid- und Bestechungsprozeß Hiller.

Berlin, 23. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Im Meineids- und Bestechungsprozeß gegen den Grundstücksbändler und Architekten Karl Hiller wurde heute früh die eigentliche Verhandlung begonnen, nachdem in das Schwurgericht an Stelle des abgelehnten ein anderer Richter als Beisitzer eingetreten war. Der Verteidiger beantragte u. a. die Ladung des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, des früheren Oberbürgermeisters Böf und des früheren Stadtkämmerers Karding, sowie von Günther Busch, dem Sohne des verstorbenen Stadtrates. Das Gericht begann mit der Vernehmung des Angeklagten. Hiller erklärte, was Beamteneinführung sei, wisse er. Er bestritt aber, sich schuldig gemacht zu haben. Aber das Duppelgeschäft äußerte sich dann Hiller ausführlich. Als Anfang 1924 die Wogenendbewegung einsetzte und ein großer Landhunger bestand, habe er die Kolonie Dreilinden erworben, weil er sich von ihr ein gutes Geschäft versprochen habe. Er habe auch noch umliegende Ländereien erworben und einen Wettbewerb für Bebauungspläne ausgeschrieben. Bei den Bebauungsplänen sei es zweckmäßig erschienen, Duppel mit hineinzubestehen. Im Sommer 1924 sei es bekannt geworden, daß die Prinzen Friedrich Leopold und Egonmünd Duppel verkaufen wollten. Die Verhandlungen hätten sich lange hingezogen. Erst im Mai 1925 sei ihm der Vertrag vorgelegt worden, den er unterschrieb. Bei einer Bepreisung der Bebauungspläne habe Bürgermeister Schumacher von Zehlendorf ihm erklärt, daß die Stadt sich auch für Duppel interessierte und ihn gefragt, ob er nicht verkaufen wolle. So sei er zu Verhandlungen mit Bürgermeister Schumacher und Stadtrat Busch gekommen. Was nun die Wechselkontierungen betreffe, so hätten diese

1924 angefangen. Es sei ein Märchen, daß er von Busch zwischengeschoben worden sei. Die Idee mit Duppel sei vom Bezirk Zehlendorf ausgegangen. Die Wechselkontierungen für Busch hätten sich bis 1925 fortgesetzt. Busch habe er seit 1912 gekannt und auch damals schon in geschäftlichen Beziehungen zu ihm gestanden, die aber ohne greifbaren Erfolg ausgegangen seien.

Vorsitzender: „Wissen Sie, daß Busch der Grundstücksbesitzer der Stadt war?“

Angeklagter: „Ja.“

Vorsitzender: „Haben Sie da nicht Bedenken gehabt, daß der Mann, der die Sache dem Magistrat und den Stadtverordneten vorzutragen habe, einen Puma bei Ihnen machte?“

Angeklagter: „Der Gedanke ist mir nicht gekommen. Ich wußte nicht, wie ich Bedenken bekommen sollte.“

Vorsitzender: „Sie wußten doch aber, daß er es war, der das Geschäft machte.“

Angeklagter: „Wenn ich jemanden besetzen wollte, dann hätte ich doch nicht Wechsel diskontiert, die in den Büchern herumstehen. Für so dumm darf man mich doch nicht halten. Dann hätte ich ihm das Geld in die Tasche gesteckt.“

In der fortgesetzten Verhandlung wurde dann weiterhin festgestellt, daß Hiller von der Stadt Berlin einen Kredit von 3 1/2 Mill. M. zum ermäßigten Zinsfuß von sechs Prozent bekommen hatte und daß er von dieser Summe dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen einen allerdings ungesicherten Kredit von 2 Mill. M. gegen Banksinsen gewährt hat. Auf die Frage, was er denn am Duppelgeschäft verdient habe, erwiderte Hiller, er habe bei dem Geschäft lediglich 570 000 M. verdient. Die Vernehmung des Angeklagten wandte sich dann der Frage des Meineids zu. Hiller hatte im Diskontierungsverfahren geschworen, daß er keinerlei Beziehungen finanzieller Art mit Busch gehabt habe.

Vorsitzender: „In dem Protokoll Ihrer Aussage steht nichts von dem Wechselgeschäft?“

Angeklagter: „Da haben Sie recht. Ich gebe zu, daß das ein Laus ist. Ich habe an diese nebenläufige Sache nicht mehr gedacht.“

* Ein Brudermord vor dem Mainzer Schwurgericht.

Die Juni-Sitzungen des Schwurgerichts der Provinz Rheinhessen wurden mit einer Totschlagsaffäre begonnen, bei der am Weihnachtsabend 1930 der 42jährige Arbeiter Fritz Paul Ingebrand aus Planig seinen Bruder, den 50-jährigen Schiffer Anton Ingebrand, nach einem Streit mit einer Art erschlagen hat. Der Angeklagte schützte Notwehr vor; er sei von seinem Bruder mit der Art angegriffen worden, habe ihm diese entzogen und ihm dann den tödlichen Schlag versetzt. Hausbewohner bekunden das Gegenteil. Sowohl der Angeklagte als auch der erschlagene Bruder sind als gewalttätige Menschen wiederholt vorbestraft. Der Getötete, ein fast das ganze Jahr auf Reisen befindlicher Schiffer, glaubte sich durch seinen Bruder im Erbteil benachteiligt, beide lebten in feier Feindschaft. Am Dienstag nahm das Gericht in Planig einen Vortermin vor. Die Zeugenvernehmung wird am Mittwoch fortgesetzt.

Meteorologische Beobachtungen der Station Wiesbaden

	23. Juni 1931	7 Uhr 27	2 Uhr 27	9 Uhr 27	Mittel
		morg.	nachm.	abends	
Höchst- und Normaldruck	761.7	749.6	748.4	749.9	
Druck auf dem Meerespiegel	761.6	759.4	758.3	759.8	
Thermometer (Celsius)	20.2	26.0	19.4	21.2	
Temperatur (Millimeter)	11.5	10.7	12.9	12.0	
Relative Feuchtigkeit (Prozent)	65	43	82	63.0	
Windrichtung	NO 1	NO 4	NO 1	—	
Niederschlagshöhe (Millimeter)	—	—	—	—	
Höchste Temperatur	28.0				
Niedrigste Temperatur	14.6				

Wasserstand des Rheins

am 24. Juni 1931.

Diebrich:	Begei	2.56 m	geger	2.58 m	gestern
Maing:	—	1.91	—	1.92	—
Gaub:	—	3.21	—	3.24	—
Röln:	—	3.00	—	3.04	—

Beit den Blinden Arbeit!

Arbe u. Stühle werden neu geflochten u. repariert. Hammock-Reparatur d. Spezialisten. — Klavier- und Strickarbeiten. Bürsten und Fellen all. Art. Hauptverkaufsstelle Blindenanstalt. Lebensversicherung im Vaden Moritzstr. 36 bei Seile. Blindenanstalt — Kass. Blindenfürsorge. Hauptverstrasse 11. Telefon 26036. F 111

Meine Spezialklänge
10 Stk. 50. 100 Stk. 4.50

Erich Stephan
Kl. Burgstr. Ecke Hofnrg.

Bleifristall
für Geschenkzwecke
absolut billig

Julius Mollath
1048 Schulberg 2

Tausende
von Menschen
verdanken ihren ge-
sunden tiefen Schlaf
und ihre gekräftig-
ten Nerven unserem

Baldravin

1/2 Fl. RM 2.50,
1/4 Fl. RM 4.50,
Ltr.-F. RM 7.50

Zu haben bestimmt
in d. Adler-Apotheke
Kirchgasse 40, F151a

Konkurrenz-Ölbrunnen

Ölbrunnen

22 Marktstraße 22

Bis Ende dieser Woche muß das Lager restlos geräumt sein, deshalb habe ich die Preise um

50%

und mehr herabgesetzt

Es sind noch große Sortimente in

Herrenartikeln

Damenstrümpfen

Trikotagen u.

Wäsche

verhanden, daher nie wiederkehrende günstige Einkaufsgelegenheit.

Der Konkursverwalter

Die Geschäftseinrichtung ist billig zu verkaufen

4.90

Der neue Strand u. Promenadenschuh

Selbstverständlich können Sie ihn auch auf der Straße tragen. Da er erweist er sich sogar vermöge seiner kräftigen, hochelastischen Gummisohle und dem Vollgummiabsatz als besonders praktisch und angenehmer Federnd im Tragen. • Das Oberteil besteht aus bestem weißem Canvasleinen und ist weiß eingefasst. Die Fersenpartie ist versteift und gibt dem Fuß festen Halt. Das Gelenk extra kräftig, um das Durchtreten zu verhindern. • Die Pflege ist kinderleicht: Speierleinenweiß hält ihn sauber und schön. Dazu passende weiße Mioma-Söckchen. RM —.75

Kaufen Sie bei

Speier AG.

Langgasse 12, Ecke Schützenhofstr.

Speier-Ecke

es hat seinen Grund



Der Alterspräsident des Reichstages gestorben.

Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bod ist, wie wir gemeldet haben, einem Schlaganfall erlegen. Er war viele Jahre hindurch Alterspräsident im Reichstag.

Die Elektrotagung in Frankfurt a. M.

— Frankfurt a. M., 23. Juni. Der zweite Tag der Elektrotagung in Frankfurt a. M. (Verband Deutscher Elektrotechniker und Vereinigung der Elektrizitätswerte) brachte Vorträge von Professor Matthias und Professor Dr. Haas über Probleme der Hochspannungsübertragung und die Auswirkungen der Lauffener Kraftübertragung auf die Elektrizitätswirtschaft.

Professor Matthias, der Direktor der Studiengesellschaft für Höchstspannungsanlagen in Berlin, beleuchtete die Arbeiten und Schwierigkeiten, die bei der überaus raschen Aufwärtsentwicklung der letzten Jahrzehnte in ungeahnter Weise zu bewältigen waren. Er gab dann einen Überblick über den heutigen Stand der Fortleitung höchster Spannungen, der Kabeltechnik, der Schaltung großer Leistungen und der Erforschung der elektrischen Gewittereinflüsse. Abschließend sagte er, daß die Wissenschaft sich im letzten Jahrzehnt in ständigem Maße mit den Problemen der Kraftübertragung befaßt habe und daß ihr engeres Zusammenarbeiten mit der Praxis nach allen Richtungen hin große Fortschritte gebracht habe.

Generaldirektor Professor Dr. Haas, Rheinfelden in Baden, ging nochmals auf die vielen Fragen ein, die vor 50 Jahren von den Elektrotechnikern zu beantworten waren und zeigte die Entwicklung, die die Kraftübertragung bis zum heutigen Tage genommen habe. Durch die Kraftübertragung wurde eine weitestehende Verbreitung der Elektrizität ermöglicht, was sich wiederum günstig auf die Industrie auswirkte. Die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft, die erst nach der Durchführung der Übertragung von Energie erfolgen konnte, geht heute soweit, daß man in nächster Zeit von einer europäischen Stromwirtschaft sprechen wird. Allerdings, so schloß Dr. Haas, sollten gerade der elektrischen Energie als einem wertvollen Handelsgut in Zukunft Erleichterungen bei Aus- und Einfuhr zuteil werden.

Nach einer lebhaften Aussprache im Anschluß an die Vorträge fanden am Nachmittag mehrere Dutzend Fachvorträge über Maschinen und Transformatoren, Kraftwerke, Kraftübertragung, Zusammenhänge von Kraftwerken usw. statt.

Am Mittwoch klang die Elektrotagung, die für wenige Tage die Elite der deutschen und ausländischen Elektrotechniker nach Frankfurt gebracht hat, mit Besichtigungen des Elektrizitätswerkes, industrieller Werke, Rundfahrten durch die Stadt sowie Ausflügen nach der Umgebung Frankfurt aus.

Die Zeppelin-Nordpolfahrt abgesagt.

Dafür eine Arktisfahrt.

Friedrichshafen, 23. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Die geplante Nordpolfahrt, bei der ein Stiefdrehen mit dem Polarforscher Wilkins geplant war, wurde nun endgültig abgesagt. Wilkins hat bekanntlich mit seinem U-Boot „Kauillus“ bereits Schiffsbruch erlitten. Der Luftschiffbau plant eine Art Arktisfahrt über Sibirien und das Karibische Meer, die Ende Juli angetreten werden soll.

Die Transozeanflieger Post und Catty nach Berlin gestartet.

Harbour Grace, 23. Juni. Die beiden Flieger Willy Post und Harold Catty sind um 15.57 Uhr neufundländischer Zeit zu ihrem Transozeanflug mit dem Ziel Berlin gestartet.

Fahrt des Schienenzeppelins nach Düsseldorf. Der Schienenpropellerwagen des Diplomingenieurs Krukenberg wird, wie wir hören, voraussichtlich bis Donnerstag, 25. Juni, in Berlin bleiben. Es ist vorgesehen, daß dann der Wagen eine Fahrt nach Düsseldorf über Magdeburg unternimmt.

Strafantrag wegen des Münchener Glaspalastbrandes. Die Staatsanwaltschaft München I hat auf Grund der Feststellungen der Polizeidirektion und des Gutachtens des Vorstandes des Gerichtlich-Chemischen Institutes über die Entstehungsurache der Glaspalast-Katastrophe ein Strafverfahren gegen den Malermeister eingeleitet, der mit seinen Gehilfen die Malerarbeiten kurz vor dem Brandausbruch in dem Gebäude ausgeführt hat.

Verhaftung eines gefährlichen Querulanten. Aus Bukarest wird berichtet: Ein Kriegsinvalide namens Niculescu, der während des Krieges in der deutschen Gefangenschaft an Schwindsucht erkrankt war, hat die Bukarester deutsche Gesandtschaft mehrmals um Schadenersatz ersucht. In einem zuletzt an den deutschen Geschäftsträger, Dr. Kirchholtes, gerichteten Brief bedroht er denselben mit dem Tode, falls er keinen Schadenersatz erhalten sollte. Die Polizei, die auf die Drohbrieffe Niculescus aufmerksam gemacht wurde, ergriff Niculescu, als er sich durch einen Seiteneingang in die deutsche Gesandtschaft einschleichen

Sport und Spiel.

Handball D.T.

In Bredenheim — In Wiesbaden. In Stadt 7:4 (2:3). Die Mannschaften fanden sich am Sonntag zu einem Freundschaftstreffen gegenüber. Bredenheim trat mit drei Ersatzen an. Zweimal gingen die Gäste in Führung, zweimal glückte Bredenheim aus. Kurz vor der Pause erhöhte Gaststadt durch Straßhof auf 2:3. In der zweiten Halbzeit fielen für Bredenheim in kurzen Abständen 5 Tore, denen die Gäste nur noch einen Treffer entgegenzusetzen konnten.

Tennis.

Weitere deutsche Siege in Wimbledon.

Der Dienstag brachte als weiterer Tag der Internationalen englischen Meisterschaften die Fortsetzung der Herrenmeisterschaft und die ersten Spiele der Damen. Erfreulicherweise konnte sich Rounes durch einen Sieg über Knottenbeit in die dritte Runde bringen, desgleichen von Cramm, der Scroope zu schlagen vermochte. Austin schaltete den Japaner S. Satoh in drei glatten Sätzen aus, van Ron siegte leicht über den Franzosen Merlin, dagegen beswang Gentien den Engländer Noor. Die Amerikaner Wood und Shielts blieben klar in Front, dagegen kam die Niederlage von Decht gegen del Castillo etwas überraschend. Hughes schlug seinen Landsmann Gregors in fünf Sätzen, Perry beswang den Japaner Koki, Peters scheiterte an Brugnon.

Bei den Damen siegte Fri. Sander über die Engländerin Castle, Fri. Peis beswang Mik Satterthwaite überraschend sicher. Mik Godfrey schaltete die Polin Jedzelowska aus, und Betty Nuthall blieb über die Französin Berthet überlegen in Front.

Boxen.

Bei dem Großkampf des Kraftsportklubs 1923 Viebrich gegen den 1. Kreuznacher Boxklub am Samstag stellte sich der junge Boxkämpfer des Kraftsportklubs 1923 ein Teil der Kampfmannschaft des Sportklubs Heros 1923, Wiesbaden, zur Verfügung. Unter Leitung des Ringrichters Held und der Punktrichter Reis, Gollmar und Jütte widelten sich in der Sporthalle die Kämpfe wie folgt ab:

Fliesengewicht: Kreunen (1. Kreuznacher Boxklub) traf auf den noch schnelleren Eusbach (Kraftsportklub), der den Sieg nach Punkten errang. — Im Bantamgewicht traf der Kreuznacher Deubmann auf Höder (Kraftsportklub). Beide Kämpfer wurden wiederholt verwundet. In der 3. Runde wurde der Kampf abgebrochen. — Im Federgewicht: Weinert (Kreuznach), der seinen 130. Kampf lieferte, und Krämer (Viebrich) fielen die beiden ersten Runden an Weinert. Die dritte Runde gestaltete sich unentschieden. Weinert errang einen Punktsieg. — Im Leichtgewicht kämpften Simon (Kreuznach) und Bünn (SK Heros Wiesbaden). Kurz vor Schluß der ersten Runde konnte Bünn durch sauberes Nachgeben seinen Gegner für die Zeit auf die Bretter locken, was seinen ersten Kampf als Lo-Sieg gestaltete. — Bei dem Kampf im Weltergewicht besiegten sich Grieshammer (Kreuznach) und Egenoff (Heros Wiesbaden). Der Herosmann setzte seinem Gegner in der ersten Runde derart zu, daß man annehmen mußte, der Kampf würde ein vorzeitiges Ende nehmen. Doch in der Pause erholte sich Grieshammer und gestaltete die zweite Runde ausgeglichen. In der dritten Runde reaktivierte Grieshammer einen Tiefschlag (Solarplexus) festgesetzt wurde. Auch die spätere ärztliche Untersuchung ergab nichts Wesentliches. Grieshammer, der angeschlagen in die Runde ging, verteidigte sich tapfer, mußte aber den Sieg nach Punkten Egenoff überlassen. — Ein Ausscheldungs-

wollte und verhaftete ihn. Bei der Durchsuchung fand man bei ihm mehrere Drohbrieffe und einen geladenen Revolver. Bei seiner Verhaftung erklärte er, daß er Dr. Kirchholtes töten wollte, da er keinen Schadenersatz bekommen sollte. Niculescu, an dem Symptome von Tristia festgestellt wurden, wurde vorläufig in ein Irrenhaus gebracht.

Explosion in einer englischen Marinewerkstatt. — Ein Tote? In einer Werkstatt der englischen Marine in Holton Heath ereignete sich eine Explosion. Bis her werden elf Personen als vermißt gemeldet, was heißt bejagen will, daß sie sämtlich tot sind. Verletzt wurden bei der Explosion 10 Arbeiter, die meisten von ihnen glücklicherweise nicht schwer.

Erdbeben auf Neuseeland. Aus Wellington wird berichtet: In ganz Neuseeland wurden am Dienstag starke Erdstöße verspürt. In verschiedenen Ortschaften wurden die Straßen und Wasserleitungen zerstört und beträchtlicher Schaden in den Häusern angerichtet.

Kampf der beiden Herosleute Bittel gegen Friedrichs wurde nach ausgeglichenen drei Runden vom Kampfschiedsrichter unentschieden gewertet. — Im Mittelfgewicht traf Adersmann (Kreuznach) auf den 2. Süddeutschen Meister Dachenberger (1. BVB 1921). Mit fabelhaftem Tempo und ungemeiner Wucht ging der Kampf über die Distanz. Dachenberger machte die harten Schläge seines Gegners durch ausgezeichnete Deckung und Beinarbeit unschädlich, und setzte sich durch plazierte Treffer in Führung, die er bis zum Schluß des Kampfes behielt, und die ihm den Sieg nach Punkten brachte. — Schwergewicht: Seubert (Kreuznach) gegen Studtruder (Heros Wiesbaden). Studtruder schlug präziser und konnte einen Sieg nach Punkten buchen.

RadSport.

Am Sonntag ließ der Gau 5 des hessen-nassauischen Radfahrerbundes (E. V.) sein diesjähriges Vierer-Mannschaftsfahren rollen. Die 70 Kilometer lange Strecke führte von Wiesbaden über Eiserne Hand, Bahn, Wingersbach, Str.-Margaretha, Hennetal, Michelbacher Höhe, durch das Kartal über Hohenstein, Bad Schwalbach, Wiedensfeld, Bahn, Eiserne Hand nach Wiesbaden. Start und Ziel war am Café Walder Karstraße. Sieger wurde in glänzender Fahrt die 1. Mannschaft des Radsportklubs Oel Wiesbaden mit 1:37.17 Std.; 2. wurde die Mannschaft des Radsportklubs Wanderer Wiesbaden mit 1:41.15 Std.; 3. wurde der Radsportverein Wiesbaden 1925 mit 1:45.15.

Schwimmen.

Am vergangenen Sonntag hatte der Schwimmverein Mattiacum sein erstes Verbands-Wasserballspiel für dieses Jahr zu bestreiten. Als Gegner hatte er Mainz 1906. Nach anfänglich sehr flüchtigem Spiel, bei dem Mainz stark drängte, wurde es ausgeglichener, und gegen Ende der ersten Halbzeit war sogar eine leichte Überlegenheit des SVM zu sehen, die vor allem auf ein gutes Stellungsspiel der Wiesbadener zurückzuführen war. Bei dem Stand von 3:1 für SVM wurden die Seiten gewechselt. In der zweiten Halbzeit fanden sich die Wiesbadener immer mehr zusammen, so daß sie noch fünfmal einsehen konnten, denen die jetzt teilweise sehr schwach spielenden Mainzer nur zwei Treffer entgegenzusetzen konnten. Endresultat 8:3.

Sport-Rundschau.

Die Handballmannschaft des Schwimmvereins Mattiacum tritt am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, gegen die 1. Elf des DSK zu einem Freundschaftsspiel auf dem Sportplatz an der Waldstraße (Germaniaplatz) an.

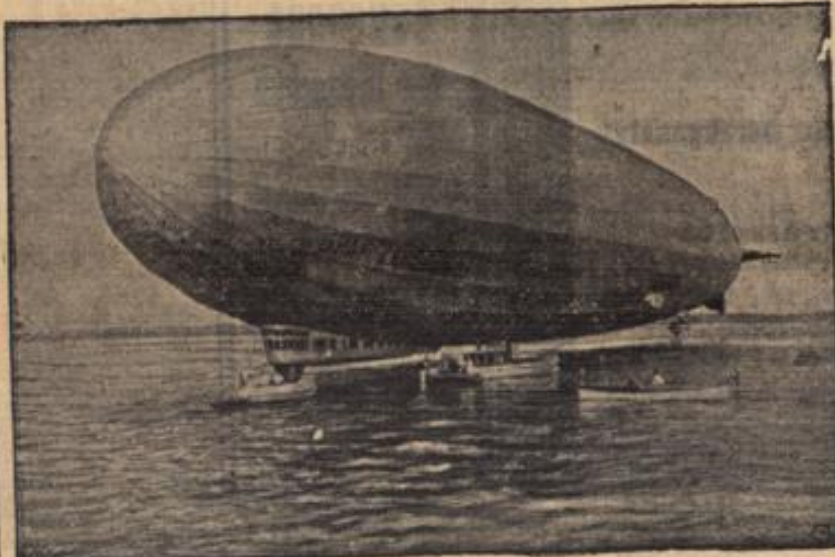
Im Anschluß an die Rheinbeleuchtung am kommenden Samstag feiert der Kanu-Club Viebrich-Wiesbaden die diesjährige Sommer-Sonnenwende auf seinem Lagerplatz auf der Reibergsauer. Daran anschließend findet am Sonntag eine Rheinfahrt nach Lorch statt. Das Hilsenhaus wird alle Paddler zu einem gemütlichen Zusammenkommen aufnehmen. Die Rückfahrt erfolgt auf einem gemieteten Dampfer. Da an diesen beiden Veranstaltungen alle benachbarten Vereine des Deutschen Kanu-Verbandes (DKV) teilnehmen, versprechen sie eine große Kundgebung auf dem Gebiete des Paddelportes zu werden.

Wie alljährlich, unternehmen die Wiesbadener Heros (Korjaren) eine große Fahrt. Diesen Sommer gehen sie nach dem sonnigen Süden. Eine dieswöchige Fahrt führt die Jungen über München, Innsbruck, Brenner, Rosen nach den oberitalienischen Seen. Am Gardasee wird dann ein Zeltlager aufgeschlagen. Die „Große Fahrt“ wird von Hans Bender und G. Wisker geführt.

Schiffahrt.

Nächste Dampferfahrten der Hamburg-Amerika-Linie (Austral- und Kosmos-Linien.)

Nach der Westküste Zentralamerikas (Gemeinschaftsdienst Havag/Lloyd): D. „Sora“ (Havag) 23. 6. M. S. „San Francisco“ (Havag) 24. 6.
Nach der Ostküste Südamerikas: D. „Kaphisia“ 27. 6. D. „Abalia“ 27. 6. D. „Witttemberg“ 11. 7. Dampfer „Kaphisia“ 15. 7. D. „General Mitre“ 25. 7.
Nach Südbrasilien (in Gemeinschaft mit der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft und dem Norddeutschen Lloyd): M. S. „Bernambuco“ (H. S. D. G.) 9. 7. D. „Paraguay“ (Havag) 23. 7.
Nach der Westküste Südamerikas (in Gemeinschaft mit der Roland-Linie, Bremen): M. S. „Königsberg“ (Roland) 25. 6. D. „Sachsen“ (Kosmos) 27. 6.
Nach Ostafrika (Gemeinschaftsdienst Havag/Lloyd): Dampfer „Saale“ (Lloyd) 24. 6. D. „Pfalz“ (Lloyd) 27. 6. M. S. „Burgeland“ (Havag) 1. 7.



Zeppelin wird seetüchtig.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ nahm auf dem Bodensee, wie wir gemeldet haben, seine erste „Wasserung“ vor. Von der Gondel wurde ein Schlauchboot ausgelegt, auf dem mehrere Mitglieder der Besatzung um den Bug des Schiffes herumruderten, womit der Beweis erbracht wurde, daß auch das Umsteigen von Fahrräten vom Boot zum Luftschiff und umgekehrt möglich wäre.

Feuerwehrleute auf der Schulbank.

Wie und was lernt der Feuerwehrmann. — Besuch im Feuerwehrmuseum. — Unvorsichtigkeit des Publikums vernichtet Millionen.

„Na der hats gut, der braucht ja nur aufs Klingelglocke zu warten“ — das ist so ungefähr die Meinung, die der — sagen wir Uninteressierte von der Feuerwehr hat. Es brennt nicht täglich und in den Pausen zwischen den Bränden sitzt eben der Feuerwehrmann beim Stat, oder erzählt sich einen Schlags. Wie unrichtig diese Annahme ist, beweist ein Rundgang durch die Schule der Feuerwehr und ein „Tag aufsehen“ auf einer Wache.

Wir, die wir von uns behaupten, daß wir arme und gebetete Großstadtmenschen seien, sind wahre Glückskinder gegenüber einem Feuerwehrmann, der nie ganz zur Ruhe kommt, der im Dienst Tag und Nacht sofort bereit sein muß und dessen gesamter Organismus stets voll Spannung ist. Ein Zeichen für die Richtigkeit dieser Feststellung ist, daß es kaum einen Feuerwehrmann im Dienst gibt, der über 58 Jahre alt ist. Schon von 50 Jahren an sind diese Menschen verbraucht, völlig aufgegeben, durch einen Dienst für die Allgemeinheit.

Das wesentlichste an der Arbeit eines Wehrmannes ist, daß er schnell, kurz, rasch und konzentriert arbeiten und handeln muß. Der Normalmensch kann und hat diese Eigenschaften natürlich nicht und darum muß sie der Feuerwehrmann neben einem überaus großen Lehrplan lernen.

Je nach Bedarf finden bei der Feuerwehr Kurse statt, die immer in Wochen stattfinden, die nicht allzu sehr in Anspruch genommen sind. Die Schüler müssen ein Handwerk erlernt haben und einen Lehrbrief besitzen. Gesundheit und einwandfreier Lebenslauf sind natürlich Grundbedingungen.

Da in der nächsten Zeit wieder verschiedene Wehrmänner pensioniert werden, finden gerade gegenwärtig wieder einige Kurse statt. Will man die zukünftigen Feuerwehrmänner besuchen, muß man hoch in den Norden. In einer Wache am Wedding sitzen die fleißigen Schüler, die in acht Wochen etwa ihren Kursus beenden haben müssen. Der Unterricht wird von einem höheren Beamten erteilt und findet täglich von 8 bis fast 2 Uhr statt. Im großen Hörsaal sitzen die Schüler, in ihrer Mitte der Lehrer. Eifrig nähern sie sich Notizen und nach ihren Fragen zu urteilen, scheinen sie sich in der Materie zurecht zu finden. Vielstündig ist der gebotene Stoff und trotzdem muß jedes Wissen richtig in der Schule eingepaukt werden, denn bei der Abschlussprüfung muß man auf jede Anfrage, sofort eine Antwort wissen. Was lernen die Schüler nun. Zuerst die trostlose Wissenschaft. Organisation, die Feuerlöschordnung, Verkehrsordnung. Dann kommt die Grundwissenschaft: Wie sieht man, wie schaut man von Gefahr bedrohte Personen und sich. Ein Beispiel mag hier eingeflochten werden. Früher stieg man bei Hausbränden aufs Dach und schaute einfach los; solange bis eben das Feuer aus war. Sehe heute mit dieser Methode war, daß der Wasserschaden nicht unerheblich war. Heute versucht man auch aufs Dach zu kommen, aber nur um eine Öffnung zu machen. Dann wird von unten der Brand angegriffen und das Feuer gewissermaßen aus dem Hause hinausgejagt. Der Schüler lernt dazu, wie er das Feuer bekämpft. Mit welchen Schläuchen. Bei Bränden nimmt man den Schaumlöcher, bei Bränden in elektrischen Leitungen eine Chloroformlösung, da Wasser Kurzschluss geben würde. Rauchschutz ein weiteres Thema, denn die eigene Sicherheit ist Grundbedingung. Erste Hilfe lernt der Schüler; dann wie man Gefährdete rettet. Feuerwehrgesetze kommen dazu, denn jeder Feuerwehrmann soll nebenbei darauf achten, daß überall wo er verkehrt alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen sind. Die Schüler erhalten Anweisung, wie sie sich in Austellungen, Festen und Festlichkeiten, die von der Feuerwehr regelmäßig besucht sind, für Feuerlöscher orientieren müssen. Letztendlich, das Signalwesen und Morse werden erlernt. In der praktischen Arbeit lernt man die Geräte und ihre Anwendung auf den Wagen. Ferner die verschiedenen Arten von Feuerlöschgeräten. Übungen auf der Datenleiter werden regelmäßig abgehalten und wenn nach Schluß des Kursus der Oberbranddirektor kommt, dann sitzen die Antworten immer so fest und sicher wie die Fragen des Examinators.

Zur Erleichterung für den Schüler hat sich die Berliner Feuerwehr ein Museum angeeignet, das zwar heute noch nicht ganz geordnet und systematisiert ist, aber nach völliger Vervollständigung als Einrichtung zu sehen sein wird, die als Muster für die gesamte deutsche Berufsfeuerwehr anzusprechen ist.

Auf der Feuerwache in der Suarezstraße in Charlottenburg befindet sich dieses deutsche Feuerwehrmuseum. Eine große Tafel leuchtet dem Eintretenden entgegen: Auf 2300 Personen kommt ein Feuerwehrmann! Im ersten Raum befinden sich Ausstellungsgegenstände. Ein Atemungsgerät aus dem Jahre 1864 beginnt den Reigen. Ein Herr Galibert war es, der sich sagte, daß ein Feuerwehrmann bei seiner Arbeit vor allem frische Luft haben müsse und so erfand er die Einrichtung, daß man sich einen „Sack frische Luft“ mitnehmen konnte. So primitiv dieser Sack ist, so war er doch der Vater aller anderen Apparaturen. Giersburg erfand den ersten vollkommeneren Apparat und dann sieht man die „Trichter“, Trichter und Sauerstoffgeräte, die heute verwandt werden. Gasmasken aller Typen und ihre Anwendung.

Weiter sieht man eine geschichtliche Sammlung der Wagen der Wehr. Vom einfachen Wasserkessel bis zur heutigen Pumpe. Von der Handpumpe bis zur Motorarbeit. 16 Mann mühten früher an der Pumpe stehen — und heute scheinen 100 Liter pro Minute aus der Motorpumpe. Wie groß war früher der Wagenpark. Mechanische Leiter, Geräte, Dampfpumpe und heute — heute kann jeder Wagen ein Feuer löschen. Auf dem Wasser die Pöschboote, die sich auf dem Wasser unentbehrlich gemacht haben, bezeugen sich ebenfalls als Modelle hier. Im Nebenraum sehen wir Modelle von Wachen. Praktische Einrichtungen, die überaus einfaches werden sollten. Dann neue und alte Ausrüstung. Leuchtkegel und Leitern von früher und Scheinwerker und Magister-Leiter von heute. Handfeuerlöcher in allen Arten. Minimale, Totale, Polarschnee, Trockenlöcher, Schaumlöcher. Dann Kohre. Nur drei Arten verwendet heute und der Schüler muß wissen, bei welcher Gelegenheit er das B, C oder D-Rohr anwenden muß. Der Unterschied ist, daß das Rohr 72, das nächste 45 und das nächste 20 Millimeter Durchmesser hat. Die Frage, wie Feuer gelöscht wird, wird bei Eisen, Glas, Zement, Holz, Stein, u. a. gelehrt. Dann folgen Tabellen und Statistiken, die interessant und einleuchtend gearbeitet sind. Bei Feuer der Grund: ¼ Prozent bei Blitzeinschlägen, 2 ½ Prozent bei Brandstiftung, 10 Prozent bei elektrischen Leitungen (vor allem Bügeleisen) und 80 Prozent Unvorsichtigkeit.

Das sollte sich jeder ganz genau ausrechnen. Deutschland hat durch den Krieg, die Inflation, Arbeitslosigkeit gewaltig am Volksvermögen eingebüßt. Man sollte wissen, daß die Menschen mit ihrem Hab und Gut vorsichtiger umgehen. Leider stimmt diese Annahme nicht — 80 Prozent aller Brände entstehen durch Unvorsichtigkeit — und Millionen und Abermillionen, die auf nuckelnde Weise geopfert werden. Auch die nächste Statistik: Wo

brennt es? — ist recht aufschlußreich. Im Theater und Versammlungsraum 2 Prozent, auf Bahnhöfen 3 Prozent, in Geschäftsläden 7,5 Prozent, im Freien 9 Prozent, in Fabriken 10 Prozent — und 68 Prozent in Wohnräumen. Besonders Augenmerk muß die Feuerwehr auf feuergefährliche Anlagen richten. Da kommen in letzter Zeit die unendlich vielen Tankstellen hinzu, die bei jeder Feuerwache genau registriert werden. 180 000 Liter faßt Deutschlands größte Tankstelle und das sie ständig überwacht werden muß — ist eine Selbstverständlichkeit.

Zum Schluß sieht man noch alte Wagen und endlich Tabellen über die Organisation der Feuerwehr. Nach fünf Dienstjahren und einem Spezialkursus kann man erst Oberfeuerwehrmann werden und nach über 10 Dienstjahren erst Brandmeister. Ein Brandmeister aber muß fast alle Kurse durchgemacht haben; er muß fahren können, Telegraphie beherrschen, in der ersten Hilfe a. L. sein — kurz darf nie versagen und das Wort „Ich weiß nicht“ oder „Ich kann nicht“ darf es für ihn nicht geben. Wenn der Schüler sein Examen bestanden hat und aufgenommen ist, dann wird er einer

Sowjetischer Bilderbogen.

Von unserem ständigen Korrespondenten Karl-Hans Götting

Moskau, im Juni.

Nachstehend einige kleine Ausschnitte aus dem täglichen Leben in der Sowjetunion. Nebenbei bemerkt, es handelt sich nicht um Anekdoten, sondern um tatsächliche Vorfälle.

In Kasan gibt es eine Verwaltung der geologischen Forschungen, die sehr viel unter der Billigkeit der verschiedenen Behörden zu leiden hat. Schließlich sah sich der Verwaltungsleiter, G. Lomow, gezwungen, einen Notschrei in der Presse zu veröffentlichen, in dem es heißt: „Am 7. Mai traf ich in Pawlodar (am Ufer des Irtysch) ein. Unserer dortigen geologischen Abteilung haben die örtlichen Behörden die gesamten Transportmittel — 75 Pferde, 16 Kamelle, 10 Ochsen und 2 Automobile — requiriert und für die Ackerbestellung mobilisiert. Die Tiere sind dadurch derart abgearbeitet, daß sie eine lange Erholungszeit haben müssen. Außerdem wurden der geologischen Abteilung 500 Pud Mehl, 3500 Pud Hafer, Holz und verschiedene Industriewaren weggenommen. In den geologischen Anstalten in Pawlodar wurden die Telefonapparate abgenommen. Der Leiter des chemischen Laboratoriums wurde wegen seines Widerstandes gegen die Abnahme der Apparate verhaftet und erst nach zwei Tagen freigelassen. Es kam auch vor, daß die Ortsbehörden auf den Eisenbahnstationen die Güter, die für die Forschungsgruppe eintreffen, wegnahmen.“

Ein typischer Fall aus der Praxis: die Eigenmächtigkeit der örtlichen Behörden, die völlige Nichtachtung, ja der Haß gegen geistige Arbeit. Natürlich, ausgerechnet Steine, die man doch nicht essen kann! —

Der zweite Vorfall spielt in einem Dorfe des Bezirks von Krimowka. Der Kontrollbeamte der Sparkasse Nr. 91, Schischerbatschenko, schloß nach einem langen Arbeitstage die Schalter. Die Sparkasse arbeitete gut. Die Sparkasseneinlagen der Bevölkerung wuchsen. Der Verkehr mit der Kundschaft wickelte sich in angenehmer Ruhe ab. Der Beamte wollte gerade einen Spaziergang an dem schönen Frühlingsabend machen, als der Vorsitzende der Dorfkonsumgenossenschaft, Marin, mit der Dorflehrerin Kulewskaja eintrat.

Marin erklärte kurz und energisch sein Begehren: „Hat die Lehrerin Ersparnisse?“ Der Beamte antwortete wahrheitsgemäß: „Ja!“ „Und wieviel?“ setzte Marin das Verhör fort. Schischerbatschenko stutete. Das Geheimnis der Sparkasseneinlagen während, antwortete er diplomatisch: „Sie wird es Ihnen selbst sagen. Es ist nicht mein, sondern ihr Geld.“

Statt weiterer Fragen streckte ihm Marin das Sparkassenschild der Lehrerin entgegen und befahl kategorisch: „Überweise ihre Ersparnisse sofort an unser Kontokorrentkonto!“

Das war am 8. April, acht Uhr abends. Die Kasse war geschlossen, der Kassierer bereits fortgegangen. Schischerbatschenko berief sich auf diese Tatsache und schlug vor, die Angelegenheit auf den nächsten Morgen zu vertragen. Jedoch der kriegerisch gestimmte Genossenschaftler spielte sich als Vorgesetzter auf und schrie: „Ich befehle Dir, es sofort zu machen!“

Der Beamte hatte noch nicht gehört, daß der Vorsitzende einer Dorfkonsumgenossenschaft der Herr einer staatlichen Sparkasse ist, und sagte einfach: „Sie haben kein Recht, hier zu befehlen. Ich gehorche Ihnen nicht!“

Nach Rache dürstend, verließ Marin die Sparkasse. Er murmelte nicht gerade salomische Ausdrücke vor sich hin. Schischerbatschenko beschloß, den Vorfall dem Vorsitzenden des Dorfsowjets zu melden. Aber bereits auf dem Wege dorthin kam ihm ein Fuhrwerk entgegen. In ihm saßen der Vorsitzende des Dorfsowjets und Marin. Zunächst ergriff der Dorfsowjetvorsitzende die Initiative, um einen stürmischen Angriff auf das Kreditkonto der Sparkasse zu machen. Dann rief er: „Warum hast du nicht getan, was Marin dir befohl?“

Ehe Schischerbatschenko antworten konnte, fluchte Marin derart, daß alle Feldmäuse sich vor Scham verkrochen.

Wache zugewiesen und endlich nach einer gewissen Zeit wird er Beamter. Auf der Wache erhält er seinen speziellen Fähigkeiten entsprechend, eine Funktion. Da ein Zug aus zwei Wagen besteht, und dieser Zug wie folgt eingeteilt wird (1. Wagen: Führer, Truppenführer, Muth Motorpumpe bedienen und Sanitäter bei sich haben. Ein Führer und zwei Mann. Zweiter Trupp für Rauchschutz; Leiter, Sauerstoffapparat. Dritter Trupp — Schlauchtrupp mit vier Mann. Dazu kommt der Fahrer vom Kraftwagen des Brandmeisters oder des Ingenieurs), befinden sich 13 Mann bei einem Löschzug und der neue Schüler wird diesem zugewiesen.

Im Laufe der Jahre klettert er aus einem Examen in einen neuen Kursus bis er — wenn er natürlich die Veranlassung dazu hat — die Stufenleiter immer höher erklimmt. Trotzdem muß er Tag und Nacht auf den Beinen sein. „Der Mann, der immer die Hosen an hat“ — das ist der Feuerwehrmann, der unermüdlich, immer sprunghaft seinen anstrengenden Dienst verrichtet, bis er mitten im besten Mannesalter alt und verbraucht pensioniert wird. Ein Leben für den Nächsten. Eine unerschöpfliche Aneinanderreihung von Hülfeleistungen und darum mag es nicht bählich klingen, wenn man die blauen Wehrmänner als „Mädchen für Alles“ bezeichnet und sie aber auch „Unsere liebe Feuerwehr“ nennt — denn im Volksmund wird man ihnen immer danken.

Peter Brätorius.

Schließlich brüllte er hysterisch: „Man drückt auf uns, fordert von uns die Mobilisierung aller Geldmittel, und du suchst hier Bürokratismus!“

Der Vorsitzende des Dorfsowjets ging nun zur „Tat“ über und sagte finstler: „Schischerbatschenko, du bist verhaftet! Setze dich auf den Wagen!“

So kam der Sparkassenbeamte doch noch in den Dorfsowjet. Allerdings etwas anders, als er es sich gedacht hatte. Nachdem der „Verbrecher“ eingesperrt worden war, führten die Herren Genossen fort und lebten erst nach zwei Stunden zurück. Nachmals forderten sie den Häftling auf: „Mache die Überweisung! Wir lassen dich dann auch heraus!“ Schischerbatschenko weigerte sich aber. Die gestrenge Obrigkeit verließ ihn mit höchster Verachtung und belegte den reuelosen Sünder mit Fesseln, daß sich sogar die Ratten während dieser Nacht nicht mehr in die Zelle trauten.

Am anderen Morgen wurde Schischerbatschenko energisch und forderte vom Vorsitzenden des Dorfsowjets: „Entweder laßt mich frei oder schickt mich in das Konzentrationsgefängnis von Krimowka!“

Der Vorsitzende überlegte einige Zeit, dann sagte er: „Geh vorläufig an deine Arbeit. Halte dich aber bereit, denn wir werden dich doch nach Krimowka schicken!“

Auf die seltsame Nacht, folgte auch ein seltsamer Tag. Die Sparkasse arbeitete wie noch nie. Nur hatte die Arbeit einen sehr einseitigen Charakter. Niemand brachte mehr Einlagen, sondern alle hoben im Gegenteil ihre Ersparnisse ab. Unter dem energischen gemeinschaftlichen „Druck“ des Vorsitzenden des Dorfsowjets und des Vorsitzenden der Dorfkonsumgenossenschaft mußten sich die Kunden beugen, ihre Einlagen auf das Kontokorrentkonto der Konsumgenossenschaft zu überweisen. Die „mechanische“ Mobilisierung der Geldmittel der Bevölkerung, die Umleitung aus einer sowjetischen Tasche, der staatlichen, in eine andere sowjetische Tasche, die genossenschaftliche, war in vollem Gange.

Eigentlich hatte Schischerbatschenko Glück, daß er nicht als „Kontrollrevolutionär“ vor ein Schougericht gestellt wurde. Der Vorgang selbst zeigt den üblichen Weg des sowjetischen Finanzwesens. Von einer Tasche in die andere, von der Hofentasse in die Westentasse, von dort in die Rodentasse, dann wieder einmal zur Abwechslung in eine Hofentasse. Wieviel sich dabei verkrümmelt oder verloren geht? Und was dabei herauskommt: Aber man soll nicht neugierig sein! —

In Ruba in Werbeibshan lebt der Revantirter Kerimow, Kommunist, ehemaliger Sekretär der kommunistischen Parteizentrale. Dieser Kerimow sagte: „Ein Land, in dem das Verbrechertum wächst, wird den Sozialismus nicht aufbauen. Bei uns in der Sowjetunion wächst das Verbrechertum, ergo kann man bei wachsendem Verbrechertum den Sozialismus nicht bauen!“ Ein anderes Mal erklärte derselbe Richter: „Spezialisten? Wir brauchen Spezialisten, die 15 Jahre gelernt haben. Bei uns besteht die Sowjetmacht erst seit 14 Jahren. Folglich können wir noch keine roten Spezialisten haben.“

Eine alte Tatsache: der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande. Mit den sogenannten roten Spezialisten ist es so eine eigene Sache. Man könnte Bücher darüber schreiben. Das ist aber gar nicht notwendig. Die beste Illustration ist die Tatsache, daß die Sowjetunion massenweise ausländische Spezialisten anstellen — muß.

Das offiziöse Organ der kaukasischen Regierung, die „Saria Postola“ in Tiflis, ist natürlich furchtbar wütend auf diesen Genossen Richter, besonders wegen der Frage des Verbrechertums. „Die kulturelle Versorgung der Massen steht auf unerhörter Höhe“. Na, na, ich war selbst im Kaukasus und habe viele sonderbare Kulturfragen gesehen. Auch die Behauptung „von Verurteilungen hört man nichts mehr“, zeugt von einem bedenklichen Gedächtniswund der Leiter dieses kaukasischen Regierungsorgans, das in seinen Spalten sich oft mit Verurteilungen beschäftigen mußte. Am schönsten in dem Gegenbeweis finde ich den Satz „Dank den wertvollen Produktionsmethoden geht die Prostitution ihrer Liquidierung entgegen“. Etwas dunkel, aber es klingt so geheimnisvoll schön. Nicht wahr? —



Dieser Hafen stand in Flammen.

Blick auf die Hafenanlagen von St. John in Neubraunschweig (Kanada), die, wie wir gemeldet haben, von einem Riesenbrand heimgesucht wurden. Zahlreiche Getreidesilos und viele im Hafen vor Anker liegende Schiffe wurden ein Raub der Flammen. Der Brand drohte bereits auf die Stadt selbst überzugreifen, wurde jedoch durch den glücklicherweise umspringenden Wind daran gehindert. Der Sachschaden geht in die Millionen Dollar.

Der Genie-Blick.

Die Geburt großer Erfindungen und Entdeckungen.

Von Arnold Hahn.

3. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Das Mysterium des Zuders.

Die meisten Menschen sind geneigt, bei den Worten „Große Erfindungen und Entdeckungen“ an plötzlich weithinstrahlende Fanale zu denken, an Erkenntnisse, die ein ganzes, großes Gebiet ein für allemal klären. Aber es gibt viele große Erfindungen, die in unscheinbarem Gewande auftreten, groß sind, ohne alles zu erschöpfen. Nehmen wir z. B. nur den einfachen chemischen Stoff Zuder. Welche Fülle von Entdeckungen sind an diesen einen Stoff vereinigt. Und noch immer sind seine Geheimnisse nicht vollkommen enthüllt. Ein ganzes Epos der wissenschaftlichen Entdeckungen könnte man um diesen einen Stoff herum schreiben. Ein Epos voll von Mühen, voll von Kämpfen, voll von Trierisprüngen des Geistes und — von Zufällen.

Eines der besten Hilfsmittel zur Messung von Zudermengen ist das polarisierte Licht. Wir wollen nicht Erklärungen geben, wir wollen nur schildern, wie es entdeckt wurde.

Ein junger Student namens Malus sitzt in seiner Wohnung und betrachtet durch ein Glasprisma die Fenster des Luxemburg-Palais, von denen die untergehende Sonne widerstrahlt. Er dreht das Prisma in den Händen, und siehe da, plötzlich verändert sich eines der beiden Bilder, die er normalerweise durch das Prisma erhält. Dieser kleine Zufall, dieses unbewusste Drehen des Prismas, bedeutet die Geburtsstunde der Entdeckung des polarisierten Lichtes.

Ein ganz gewaltiger Kampf im Epos vom Zuder war der Physiologe Claude Bernard. Claude Bernard beschäftigte sich damit, den Weg zu verfolgen, den der als Nahrungsmittel in den menschlichen Körper gelangte Zuder in diesem nimmt. Er untersuchte also die verschiedenen Körperpartien, Magen, Darm, Leber, die Nieren, das Herz und die Lunge. Und aus diesen Befunden schloß er, daß der Zuder aus dem Darm in die Leber gelangt, von da in die Leber, von dort durch weitere Venen in das Herz, von da in die Lunge und daß er dann in der Lunge verbrannt wird. Diese Ansicht war falsch.

Rum kommt wieder der Moment, in dem der Weltgeist denen, die sehen können, den Wink des Zufalls gibt. Bernard untersucht den Urin eines Zuckerkranken. Und siehe da: dieser Urin enthält mehr Zuder, als durch die Nahrung in den Körper eingeführt worden war, obwohl ja der Zuder sogar schon nach seiner bisherigen Theorie in der Lunge verbrannt sein mußte. Dieser zufällige Befund warf alles über den Haufen, was er sich bis dahin vorgestellt hatte. Woher kam dieser Überfluß? Der Denkkraft Claude Bernards wurde zu einem ganz unwahrscheinlichen Schlusse gezwungen, nämlich zu dem: daß der Organismus selbst imstande sei, Zuder zu bilden.

Das war etwas ganz Verblüffendes, denn bisher hatte man doch gerade geglaubt, daß nur die Pflanze imstande ist, Zuder zu bilden, und daß der Mensch nur den Zuder erhält, den ihm die Pflanze liefert. Und jetzt sollte der tierische Organismus gleichfalls pflanzenhafte Fähigkeiten haben?

Jetzt galt es, zu ermitteln, wo diese geheime Zuderquelle im tierischen Körper liegt. Bernard begab sich auf Entdeckungsfahrten durch den Organismus. Er legte schrittweise den Weg vom Darm bis zum Herzen zurück und bestimmte in allen Teilen die Menge des dort vorhandenen Zuders. Und was zeigte sich? Bis zur Leber fand er normale Mengen im Blute. Hatte aber das Blut die Leber passiert, so war plötzlich in der Leber verlassenden Venen ein Überschuß von Zuder vorhanden. Nur in der Leber konnte die geheime Zuderquelle sein.

Rum galt es aber, neue Beweise für die zweifelnde Gelehrtenwelt heranzuführen. Bernard fütterte eine Zeitlang einen Hund nur mit Fleisch, aus dem kein Zuder entstehen kann. Tatsächlich findet sich in den Blutvenen vor der Leber keine Spur von Zuder. Aber die Venen, die die Leber verläßt, ist reich an diesem geheimnisvollen Stoffe.

Aber noch immer sind nicht genug Beweise da. Rum macht Bernard das entscheidende Experiment. Er nimmt eine Tierleber und spült ihre Blutgefäße so lange mit fließendem Wasser aus, bis keine Spur von Zuder in der Flüssigkeit mehr nachzuweisen ist. Dann erodiert er die Leber auf Körpertemperatur, schüttet wieder Wasser durch, und siehe da, das Wasser ist zuckerhaltig! Die Leber hat die Zuderfabrikation wieder aufgenommen. Eine der bedeutendsten Entdeckungen der Physiologie ist durch einen Zufall gemacht und durch exakte Arbeit, durch exaktes Experimentieren nachgewiesen worden.

Claude Bernard hat übrigens selber über das Wesen der wissenschaftlichen Entdeckung nachgedacht und geschrieben. Vor allem, sagt er, gehört Freiheit des Geistes dazu. Damit will er sagen, daß jeder, der hartnäckig an „seiner“ Theorie festhält, und nicht imstande ist, sie beweglichen Geistes zu verlassen, für den Entdeckungsberuf verloren ist. Ohne viele Arbeit und Praxis auf einem Gebiete wird selten eine Entdeckung gemacht. Die Praxis liefert nämlich nicht bloß bewusste klare Erkenntnisse, sondern sie wirkt auch im Unterbewußtsein weiter und ermöglicht es, daß der Boden gebügelt ist, aus dem durch diese unbewusste Er-fahrung die intuitive Erkenntnis plötzlich hervorspringt. Die geschickte Entdeckung der Zuderbildung im Körper, die für die Medizin von unermeßlichem Werte wurde, ist ein guter Beleg für diese Ansichten Claude Bernards.

(Fortsetzung folgt.)

Amateure!

Entwickeln 6×9 — 10 Pf.
Kopieren 6×9 — 10 Pf.

Standard-Rollfilm
6×9 nur 1 Mk.

Fachmännische
und schnellste
Eriedigung aller
Amateurarbeit.

Samson

Kirchg. 44
gegenüber
M. Schneider.

Opekta

Groß-Handel
C. Exner
Zimmermannstr. 4
Telephon 23086

Besuchskarten
L. Schellenberg'sche
Hofbuchdruckerei
Wiesbad. Tagblatt

Verkauf nur an Wiederverkäufer

Vollmilch

Auf den DLG.-Ausstellungen 1929, 1930 und 1931 mit dem 1. Preise (silb. Preismünze) in Klasse Rohmilch prämiert, von dem staatlichen Tuberkulosestillungsverfahren unterstehenden Tieren gewonnen, unter ständiger Kontrolle der landwirtschaftlichen Prüfungsstelle der Landwirtschaftskammern, bestens gereinigt, tiefgekühlt, zum Rohgenuß besonders gut geeignet liefert in verschlossenen Flaschen zum Preise von 35 Pf. die Flasche (1 Ltr.) frei Haus.

Oberamtmann H. Weber
Domäne Mechtildshausen
Post Wiesbaden-Erbenheim
Telephon Wiesbaden 29009

MOEBUS

Parkett- u. Linoleum-Wachs
weiß u. gelb 1-Kg.-D. Mk. 2.20
Bernstein-Fußboden-Glanzlack
1-Kg.-Dose Mk. 2.00
Weingelb-Fußboden-Glanzlack
bes. für Hotels u. Pensionen
geeignet, in 3 Std. trocknend,
1-Kg.-Dose Mk. 1.75 sind Qualitätsfabrikate und
nur erhältl. Drogerie Moebus, Taunusstr. 25.
Fernsprecher 22007. Lieferung frei Haus. 1449

Mafulatur

zu haben im Tagblatt-Verlag, Schalterhalle rechts.

Passende Schuhe — bedeuten Wohlbefinden!



Diese bekommen Sie richtig bei individueller Bedienung durch erfahrenen Fachmann in den Preislagen zu

RM. 10.50 12.50 14.50 16.50

bis zu allerbesten Ausführungen im

Spezial-Schuhgeschäft Heinrich Harms

Spiegelgasse 1, an der Webergasse

Gegründet 1878 — Maßanfertigung — Reparaturen

Stylo mit Glasfeder
Stylo mit Platinspitze
Krupp-Stahl-Federn

Neuhellen die Sie kennen müssen

Koch am Eck

Michelsberg 1990

Dauerwellen

Großer Preisabschlag

FRISEUR SALON H. Brüggmann

Taunusstr. 7, gegenüb. Kochbr.
Telephon Nr. 254 41

Israelitische Kultusgemeinde

Steuerzahlung

F438

(1. Halbjahr II. Rate) vom 15. bis 30. Juni.

Sonder-Angebot!

Salatöl Liter 52 S

Schweizerkäse saftig ¼ Pfd. 35 S

Eier

6 Stück

Tilsiter Käse vollfett ¼ Pfd. 35 S

Fett. Räucherspeck ¼ Pfd. 20 S

Prima Plockwurst ¼ Pfd. 33 S

Neue Kartoffeln

10 Pfd.

Neue Majesheringe

3 Stück 35 S

Fst. Zervelatwurst ¼ Pfd. 38 S

Rhein-Main

5%

Rückver-
gütung

F445

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Eugen Schmitz (Café und Konditorei) in Wiesbaden, Rathausstraße 5, ist am 19. Juni 1931, 10.45 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Heuß in Wiesbaden, Friedrichstraße 40. Konkursforderungen sind in doppelter Ausfertigung unter der Aufschrift: „Amtsgericht, Konkursabteilung“ bis zum 20. Juli 1931 anzumelden. 1. Gläubigerversammlung am 21. Juli 1931, 10 Uhr. Prüfungstermin am 4. August 1931, 9.30 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Kirchstraße 15, 3. Zimmer 208/9. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. Juli 1931. F581

Wiesbaden, am 19. Juni 1931. Amtsgericht, Abt. 6b.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Roenthal & Co., Inhaber Leon Roenthal, Wiesbaden, Kaufbrunnenstraße 13 (Privatwohnung Morisstraße 7), wird, nachdem der im Vergleichstermin vom 24. Februar 1931 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 3. März 1931 bestätigt worden ist, aufgehoben. F581

Wiesbaden, den 15. Juni 1931. Amtsgericht, Abt. 6b.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Forderungsbearbeitung Wilhelm Reinmann in Wiesbaden, Neugasse 3, wird, nachdem der im Vergleichstermin vom 13. Januar 1931 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 27. Jan. 1931 bestätigt ist, hiermit aufgehoben. F581

Wiesbaden, den 15. Juni 1931. Amtsgericht, Abt. 6b.

Versteigerung verfallener Pfänder.

Am Montag, den 29. Juni 1931, ab 8 Uhr werden die dem Leihamt und der Kreditkasse verfallenen Pfänder in den Geschäftsräumen, Neugasse 8, 2. verteigert. Die Kreditkassen sind an diesem Tage geschlossen. Wiesbaden, den 13. Juni 1931. F121a Der Magistrat.

Zwangs-Versteigerung.

Am Donnerstag, den 25. Juni 1931, 10 Uhr verteigere ich in Wiesbaden

Kettelbeckstraße 24

1 Herrenzimmer, 1 Speisezimmer, 2 Chaiselongs, 1 Kamin, 1 Flügel, 1 Buffet, 2 Stühle, zwei Schreibtische, 1 Vertiko, 1 Büchergarnitur, vier Grammophone;

4 Nähmaschinen

1 Zither, 3 Bilder, 1 Baden-Einrichtung, 1 Kraftwagen, 2 Anhängewagen u. a. m.; um 12 Uhr in Dohheim bestimmt:

1 Kuh, 1 Rind und 2 Wagen öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Beutel, Gerichtsvollzieher fr. A. Hallgarter Straße 10.

Möbiliar-Versteigerung

Freitag, den 26. Juni

vormittags 9 1/2 Uhr beginnend, verteigere ich zufolge Auftrags im Lokale

Büdingenstr. 4 (hinter Kaiser-Friedrich-Bad)

(Zugang v. Michelsb. d. Coulinkr. u. ab. Weberg.) 1. und 2. Kl. Kleider- und Spiegelkränze, Klub-, Vertikos, Baldachmoden, Nachtkränze, Tische u. Stühle, Ausziehtische, Eichen-Berensimmertisch, Bücherkränze, Schreibtische und -stühle, Sofas, Chaiselongs, Uhren, Bilder, Spiegel, Koffer und Lampen, Teppiche, ein Flurgarderobe, Nähtischchen, Grammophone, Radiogeräte, Zither, Gitarre, Gewichte, Bücher und Stiche, Aufstellrahmen, Holz- und Metallbetten, 2 Metallbetten, weiches Metall-doppelbett mit Rohbaumtr., Holz- und Metall-finderbetten und -wagen, Dedetten und Kissen, Küchenkränze, Vorratskränze, Tisch, Eisschrank, Theke, Regale, ein Glasgefäß, Tisch, Dezimalwaage, Schalter und Schneidemaschinen, Waagemaschine, Fahrrad, Koffer, Zimmeröfen, weiß emaill. Gasherd mit Backofen, 1 Partie Stier, Hausgeräte, Schube, Kleidungsstücke u. viel mehr öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Befichtigung Donnerstag durchgehend.

Wilh. Klapper

Auktionator und Taxator

Büdingenstr. 4. Telefon 28459.

Annahme von Versteigerungen jeglicher Art unter günstigen Bedingungen.

Gehr billig und gute Qualität!

Rindfleisch 1/2 Kilo u. Stuten 1/2 Kilo 0.60

ff Hackfleisch 1/2 Kilo 0.80

Messgerei Karl Baum

2 Schulgasse 2

Stadion Frankfurt a. M.

Radrennbahn

Abendrennen

am Freitag, den 26. Juni, 20 1/2 Uhr

Am Start: Krewer-Köln

Thollembeck-Brüssel

Constant-Paris

Hille-Leipzig

Christmann-Frankfurt

Schön-Wiesbaden F220

Amateurrennen mit den 5 Frankfurtern der Deutschen National-Mannschaft

Mannschaftsrennen nach Sechstagerart • Konzert der Kapelle Georgy

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Stehplatz 1.20 Mk., Sitzplatz v. 2.00 Mk. an, Erwerbslose u. Kinder 60 Pfg.

Für Brauerei-Ausschank

in Mainz mit geräumiger Wohnung

tüchtige Wirtsleute gesucht

die befähigt sind, das renommierte Lokal, welches durch mangel-

hafte Führung des jetzigen Wirtes gelitten hat, wieder in die

Höhe zu bringen. Führung preiswerter guthürgerlicher Küche

Bedingung. Es wollen sich nur rührige Bewerber mit ent-

sprechenden Barmitteln melden unter „Dauerexistenz“ A. 240

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

an den Tagblatt-Verlag.

Berichtigung.

Donnerstag, den 25. Juni 1931, vorm. 10 Uhr

beginnend, wird in der Rheinischen Wäldfabrik,

Platter Straße 73, u. a.

